

FANFARE



DAS INFOBLATT DER
FREIEN DEUTSCHEN JUGEND



8. Mai 2006. Aktion der FDJ vor dem Brandenburger

•	Zur Forderung nach einem nationalen Sicherheitsrat	2
I	Wie ist „Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland“ entstanden?	4
N	Der Werbefeldzug der Bundeswehr	6
H	Der Kampf gegen das bayrische Versammlungsgesetz	8
A	„Verkauf nicht Deinen Kopf!“ & Eine DDR-Studie unter Schülern	13
L	Berichte vom Aktionstag gegen Heimatschutz	17
T	Der europäische Reformvertrag ist tot!	21
•	Gedächtnisblockade: Eine bundesdeutsche Lebenslüge wird 60	30

Kein Unterschied mehr zwischen Kriegszustand und Friedenszeit.

Die Forderung nach dem Nationalen Sicherheitsrat

Immer stärker und schneller wird die Zentralisierung, der Aus- oder gar Neuaufbau in nahezu allen Teilen des Gewaltenapparats durch den Staat vorangetrieben:

Die Zentralisierung und Neuorganisation der Bundespolizei in Potsdam, die Erweiterung der Befugnisse des Bundeskriminalamts, bei gleichzeitiger Unterordnung der Landeskriminalämter,

die Errichtung mehrerer gemeinsamer Lagezentren von Polizeien, Geheimdiensten und Militär und nicht zuletzt die Neuorganisation der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit in Form des Heimatschutz, wodurch die Bundeswehr mittlerweile dauerhaft auf Kreisebene in den Landratsämtern bzw. Rathäusern sitzt, um die Wesentlichen zu nennen.

Als Begründung für die einzelnen Maßnahmen musste immer wieder der Terrorismus herhalten.

Gleichzeitig werden die Rechte der Menschen gegenüber dem Staat immer mehr dezentralisiert und eingeschränkt: So wurden viele davon, wie das Versammlungsrecht oder das Presserecht, mit der Föderalismusreform 2006 handstreichartig zur Ländersache gemacht.

Warum? werden wir oft gefragt, wenn wir mit den Menschen sprechen.

Wenn wir versuchen zu erklären, dass diese Maßnahmen nach Innen gegen die eigene Bevölkerung gleichzeitig auch der Kriegsvorbereitung nach Außen dienen, so war und ist dies nicht leicht und noch schwerer für die Menschen es zu verstehen und dann glauben zu wollen.

Am 6.5.2008 hat die CDU/CSU Bundestagsfraktion „Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland“ beschlossen, die nicht nur eine Bestandsaufnahme wesentlicher Einzelmaßnahmen darstellt, sondern weit darüber hinaus geht:

1. „Die bisherige Trennung von äußerer und innerer Sicherheit“ oder „von Kriegszustand und Friedenszeit“ – wie es in einem ursprünglichen Entwurf hieß – soll „nicht länger aufrechterhalten“ werden.

Im Weißbuch des Kriegsministers Jung von 2006 war noch verschämt von den fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit die Rede. Damit ist es jetzt vorbei.

Die BRD soll und wird in Zukunft keinen Unterschied mehr zwischen Krieg und Frieden machen.

„Wir müssen unsere Fähigkeiten stärken, um noch wirksamer zur Krisenbewältigung und -prävention beitragen zu können. (...) Wir müssen in der Lage sein, vor Ausbruch einer Krise zu handeln. Gelingt die Verhinderung von gewaltsamen Konflikten nicht, müssen wir bereit sein, sie an ihrem Entstehungsort zu bewältigen, falls eine negative Auswirkung ihrer potenziellen Folgen auf die Sicherheit Deutschlands und seiner Bürger zu befürchten ist.“

Im Klartext: Die BRD soll und wird sich in Zukunft nicht mehr damit begnügen, wenn „die Sicherheit Deutschlands“ gefährdet ist, nur politisch mit Sanktionen zu drohen. Sie wird sich das Recht herausnehmen, jederzeit bei Bedarf in die entsprechenden Länder mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu intervenieren und auch militärisch einzumarschieren.

Wenn nötig präventiv, sprich durch einen Angriffskrieg und Okkupation. Wo nicht mehr zwischen Krieg und Frieden unterschieden wird, ist dazu auch keine Kriegserklärung mehr nötig.

Der Vertrag von Lissabon hält für viele Staaten der EU nur noch fest, was bisher schon praktisch der Fall war: Die Aufgabe weiter Teile ihrer eigenen Souveränität. Sei es in Fragen einer eigenständigen Außen- oder Militärpolitik, von einer eigenen Wirtschaftspolitik ganz zu schweigen.

Diese Drohung richtet sich gegen „schwache Staaten oder Räume mit begrenzter oder fehlender Staatlichkeit“ weltweit, denn „Schwache Staaten sind ein globales Problem“.

Sprich gegen Staaten, die der BRD als schwach erscheinen, aber noch nicht bereit sind, ihre noch vorhandene staatliche Souveränität zu Gunsten der „Sicherheit Deutschlands“ aufzugeben.

Wer glaubt, nur Staaten wie Jugoslawien, Kongo, Irak oder Afghanistan seien aus Sicht des deutschen Imperialismus schwache Staaten, der irrt. So wird von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung schon über das Ende Belgiens als Staat spekuliert, und welche Teile sich wohl an Frankreich, die Niederlande, Luxemburg und natürlich Deutschland anschließen könnten.

An der Freien Universität Berlin wurde bereits 2006 ein „Sonderforschungsbereich 700 – Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ eingerichtet, dessen Hauptaufgabe ist „Schwache Staaten“ zu finden, zu analysieren und Vorschläge zu machen, wie man diese Länder unter deutsche Kontrolle bringen kann. Allein 40 Mitarbeiter arbeiten dort zu dieser Frage. Daneben existieren aber zahlreiche weitere, zum großen Teil durch öffentliche Gelder finanzierte Einrichtungen, die in die gleiche Richtung arbeiten, also der Kriegsvorbereitung dienen.

Bisher musste in der Hauptsache der Terrorismus als Begründung für eine Vielzahl von einzelnen Maßnahmen beim Notstand der Republik wie z.B. der Zentralisierung der Bundespolizei, der Einrichtung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums oder des Heimatschutzes herhalten.

Natürlich ist auch in der Sicherheitsstrategie viel von Terrorismus die Rede. Trotzdem hat er als Hilfsargumentation weitgehend ausgedient und mitunter treten die wahren Gründe zu Tage, etwa wenn in dem Kapitel II.3. „Energie- und Rohstoffsicherung sichern“ folgendes zu lesen ist:

„Ein weiterer Risikofaktor ist unsere Abhängigkeit von Energie und Rohstoffen sowie einer sicheren



Die Bundeswehr in aller Welt. Offizielle Einsätze der Bundeswehr 2006

Versorgungsinfrastruktur. (...) Krisenhafte Entwicklungen, Terrorismus oder gewaltsame Konflikte in Lieferländern können unsere Versorgung mit Energie und Rohstoffen gefährden und unserer Wirtschaft Schaden zufügen. Es besteht aber auch die Gefahr, dass unsere Abhängigkeit gegen uns instrumentalisiert wird und wir politisch unter Druck gesetzt werden.“

Die altbekannte Rohstoffknappheit Deutschlands, die schon den Hitlerfaschisten als Kriegsgrund diente und der Reichtum anderer Länder, den es notfalls mit Gewalt zu nehmen gilt.

Wenn Deutschland nach den Vorstellungen des Papiers nicht mehr zwischen Krieg und Frieden unterscheiden soll, heißt das auch, dass Deutschland nicht mehr daran denkt, sich an das Völkerrecht, welches zwischen Krieg und Frieden unterscheidet, zu halten.

Außer es nützt den eigenen Interessen.

2. Der nationale Sicherheitsrat

„Um ein kohärentes Zusammenwirken aller Kräfte der inneren und äußeren Sicherheit zu gewährleisten, ist ein „Nationaler Sicherheitsrat“ als politisches Analyse-, Koordinierungs- und Entscheidungszentrum einzurichten.“ Die „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ droht also nicht nur mit Krieg, sondern stellt fest, dass die bisherigen Einzelmaßnahmen, wie eingangs aufgelistet, nicht reichen,

sondern ein neues Machtzentrum geschaffen werden muss, das nicht nur analysiert, nicht nur Daten sammelt, nicht nur für Einzelbereiche zuständig ist, nicht nur Einzelbereiche koordiniert und das neben den anderen, bereits neu geschaffenen Zentren steht, sondern ein Machtzentrum, das als „politisches Analyse-, Koordinierungs- und Entscheidungszentrum“ wirken kann und dem alle anderen Teile untergeordnet sind.

Aufgaben dieses „Nationalen Sicherheitsrats“ sollen sein: „Zum ersten die umfassende, Ressort übergreifende Analyse möglicher Bedrohungen für die innere und äußere Sicherheit.“

Sprich die Führung und Kontrolle der bereits zentralisierten und noch zu zentralisierenden Teilbereiche des Staatsapparats.

„Zum zweiten die Koordination der zivil-militärischen Krisenbewältigung und -prävention im Ausland.“

Sprich die Kriegsführung nach Außen.

„Zum dritten die Koordination der Einleitung geeigneter Abwehrmaßnahmen und Notfallplanungen sowie des Einsatzes der Heimatschutzkräfte“

Sprich wenn nötig die Niederschlagung von innerem Aufruhr.

„Hierzu ist der Bundessicherheitsrat unter Vorsitz der Bundeskanzlerin aufzuwerten und unter Nutzung bestehender Ressourcen mit einem handlungsfähigen Stab auszustatten,

dessen Mitarbeiter interdisziplinär und ressortübergreifend arbeiten, auf der Basis einheitlicher Lagebilder Szenarien entwickeln und der Exekutive Handlungsoptionen aufbereiten.“

Zukünftig soll also über Krieg und Frieden in diesem Land ein Gremium entscheiden, das bereits heute keiner parlamentarischen oder anderweitigen demokratischen Kontrolle unterliegt. Es soll auch nicht erst dann zu arbeiten beginnen, wenn der Notstand durch das Parlament oder durch den sogenannten Gemeinsamen Ausschuss ausgerufen wird, sondern immer.

Und er wird auch nicht aufhören zu arbeiten, also den Krieg gegen andere und das eigene Volk vorzubereiten und zu führen, wenn der Notstand für beendet erklärt würde.

Wenn die Herrschenden planen, solch einen „Nationalen Sicherheitsrat“ einzuführen, kann das nur bedeuten, dass sie den Krieg als zwingend notwendig sehen. Es bedeutet, dass von einer parlamentarischen Demokratie in diesem Land kaum der traurige Rest einer Fassade mehr übrig bleibt.

Umso dringender ist es, dass wir darüber aufklären und uns dagegen organisieren.

Wuide

- 1) Zum Entstehen des Papiers siehe "Wie ist eine Sicherheitsstrategie für Deutschland entstanden?"
- 2) Jürgen Elsässer in „Die Putschisten“, Neues Deutschland, 6./7. September 2008, S. 22

Vor einem Krieg mit Russland?

Im Auftrag des Kanzleramts erstellten zwischen Januar und Juni Autoren aus Bundeswehr und Wirtschaft einen Handlungskatalog für die Regierung. Sie sagen eine "drohende bewaffnete Auseinandersetzung" mit Russland und China voraus. Der Grund: Die deutschen Kapitalisten brauchen mehr Rohstoffe und mehr Energie. Die Verfasser sehen eine "bisher einmalige Staatskrise mit gewalttätigen Ausschreitungen und Demonstrationen" heraufziehen. Krieg nach außen und nach innen – dazu brauchen sie diesen Staatsumbau. Nur große Worte? Alles noch weit weg? Wäre Georgien bereits Mitglied der NATO, stünde die BRD jetzt in Russland!

Auf jeden Fall sollen ab 1. Oktober 40 Bundeswehrsoldaten nach Georgien.

Wie ist „Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland“ entstanden?

Die Überlegungen in dem Papier „Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland“ sind keine neuen Ideen der CDU/CSU, wie es den Anschein haben mag. Sie sind keine Art Diskussionspapier einer Fraktion und damit eines bürgerlich demokratischen Organs. All das, was darin gefordert wird, sind Überlegungen, die schon vor mehr als zwei Jahren der damalige Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), Rudolf Adam, angestellt hatte. Dieser hatte er in seiner Rede „Fortentwicklung der deutschen Sicherheitsarchitektur – ein nationaler Sicherheitsrat als strukturelle Lösung?“ gefordert, die Bundesregierung brauche „ein klares Gravitationszentrum für die strategische Willensbildung“. Damit würde „im Kanzleramt tatsächlich ein eigenes Machtzentrum heranwachsen“. Ob dies „die delikate Machtbalance der politischen Tradition, die sich seit 1949 in Deutschland herausgebildet hat, zu stark stören würde“, das wollte Adam nicht entscheiden, war sich aber sicher: „Wir werden die Verfassung ohnehin in wesentlichen Teilen, soweit sie Streitkräfte und sicherheitspolitische Vorsorge betreffen, überarbeiten müssen.“

Wer oder was ist

„Die Bundesakademie für Sicherheit für Deutschland“?

Präsident ist Generalleutnant a.D. Kersten Lahl. Auftrag und Ziele sind laut ihrer Darstellung die gemeinsame Weiterbildung gegenwärtiger und zukünftiger Führungskräfte aus Bundes- und Länderressorts sowie aus dem sicherheitspolitisch relevanten Umfeld und die Schaffung eines umfassenden, über die Ressortgrenzen hinausreichenden Verständnisses für die langfristigen sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bundesakademie ermögliche durch ihre Veranstaltungen die Herausbildung eines dauerhaften Netzwerks sicherheitspolitischer Entscheidungsträger und interessierter Akteure.

Im Zentrum des Programms der Akademie steht das jährlich stattfindende, sechsmonatige Seminar für Sicherheitspolitik. Mit ca. 30 ausgewählten Teilnehmern aus der ministeriellen Führungsebene des Bundes und der Länder, aus Wirtschaft und Wissenschaft, ausländischen Ministerien und weiteren relevanten Institutionen leiste die Akademie ihren Beitrag zur sicherheitspolitischen Zukunft Deutschlands, wie sie es selbst nennen, sprich zum Kriegskurs der BRD, wie wir es nennen sollten.

Seit März 2004 hat die Bundesakademie für Sicherheitspolitik in der Schlossanlage Schönhausen in Berlin ihren festen Sitz. (Kurfürst Friedrich III. bereite hier seine Erhebung zum ersten preußischen König Friedrich I. im Jahre 1701 strategisch vor. Als eines von zwei Berliner Depots für so genannte „Entartete Kunst“ wurde das Bauwerk im Nationalsozialismus genutzt. In der Nachkriegszeit diente das Schloss zunächst als Sitz des Präsidenten der DDR, später als Gästehaus. Die Tagungen des Zentralen Runden Tisches und schließlich das Außenministertreffen der „Zwei-plus-Vier-Gespräche“ fanden hier statt.)

Struktur und Organisation

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik ist selbständige Dienststelle im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung und führt ihren Auftrag für die Bundesregierung durch. Die BAKS ist also nichts anderes als ein Teil des Kriegsministeriums.

Die Bundesregierung wird vertreten durch das **Kuratorium** der Bundesakademie, das aus den Mitgliedern des Bundessicherheitsrates (BSR) unter Vorsitz des Bundeskanzlers besteht.

Das Logo der Akademie symbolisiert die Gründungsmitglieder des Kuratoriums: Bundesminister

des Auswärtigen,

der Verteidigung,
für Wirtschaft und Technologie,
der Finanzen,
des Inneren und
der Justiz.

Inzwischen gehört auch die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu diesem Kreis.

Der Bundessicherheitsrat

Im Oktober 1955 wurde vom Kabinett Adenauer der Bundesverteidigungsrat als Kontroll- und Koordinationsgremium für die bundesdeutsche Sicherheitspolitik gegründet, der 1969 den heute noch gültigen Namen Bundessicherheitsrat (BSR) erhielt.

Der Bundessicherheitsrat unterliegt keiner parlamentarischen Kontrolle. Bisher ist der Bundessicherheitsrat für die „Kontrolle und Genehmigungen“ von Rüstungsexport zuständig. Außer einem jährlichem Rüstungsexportbericht, der dem Bundestag im Nachhinein vorgelegt wird, ist von der Tätigkeit des Bundessicherheitsrats nichts zu erfahren.

Der BSR hat neun Mitglieder: den Bundeskanzler, den Chef des Bundeskanzleramts, die Bundesminister des Auswärtigen, der Verteidigung, der Finanzen, des Inneren, der Justiz und den Bundesminister für Wirtschaft. Nach der Bundestagswahl 1998 ist noch der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dazu gekommen. Andere Bundesminister und der Generalinspekteur der Bundeswehr nehmen bei Bedarf mit beratender Funktion an den Sitzungen teil. Ebenso der Chef des Bundeskanzleramts.

Der Bundessicherheitsrat ist Teil der Bundesregierung und kann deshalb auch nur aus dem Geflecht der Regierungsorgane verstanden werden. Neben den offiziellen Mitgliedern des Bundessicherheitsrates sind in diesem Geflecht hervorzuheben

Der Bundeskanzler:

Der Bundeskanzler leitet die Sitzungen des Bundessicherheitsrates. Im Sicherheitsrat wird mit einfacher Mehrheit entschieden, doch bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Kanzlers.

Das Bundeskanzleramt:

In der Abteilung 2 existiert die Gruppe 21, besetzt mit Beamten des Außenamtes (AA), und der Gruppe 22, besetzt mit Beamten des Verteidigungsministeriums (BMVg). In der Gruppe 22 ist auch das Sekretariat des Bundessicherheitsrates angesiedelt. Ebenfalls im Kanzleramt angesiedelt ist die Stelle des außenpolitischen Beraters des Kanzlers.

Die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS):

Mehr zur Baks siehe in dem Artikel: „Wie ist ‚Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland‘ entstanden?“

Der Freundeskreis der BAKS

Der Freundeskreis der Bundesakademie für Sicherheitspolitik e.V. versteht sich als Förderverein, der die Bildungsarbeit der Akademie ideell und materiell unterstützt. Von Anbeginn an hatte die Akademie den Aufbau einer in den angelsächsischen Ländern seit langem wohl etablierten 'Strategic Community' im Auge.

Zur Tätigkeit der Bundesakademie gehört auch, eine "strategic community" in Berlin, die keinerlei demokratische Legitimation besitzt, aufzubauen. Organisiert ist sie im Umfeld der Bundesakademie, insbesondere in deren "Freundeskreis", einem "Netzwerk von Personen, die in herausgehobenen Positionen sicherheitspolitisch tätig sind". Vergrößert wird das "Netzwerk" jährlich durch die Teilnehmer eines sechs Monate währenden "Seminars für Sicherheitspolitik", das Schulungen zu sämtlichen relevanten Themen der inneren und äußeren Repression umfasst. Eingeladen werden dazu vor allem "Führungskräfte der Exekutive", "idealtypisch auf der Verantwortungsebene eines Referatsleiters", aber auch hochgestellte Personen "aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaft und Gesellschaft". Die Seminare etablieren "langfristige Beziehungen zwischen Entscheidungsträgern aus Bundes- und Landesministerien in herausgehobener Verantwortung und maßgeblichen Vertretern der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens", schreibt die Akademie. Die Seminarteilnehmer, die so in die "strategic community" Berlins einbezogen werden, werden vom Präsidenten der Bundesakademie ausgewählt – in Abstimmung mit dem Kanzleramt, das damit die Anbindung der repressionspolitischen Eliten sichert.

Strategic Community

Aus der selbsternannten "strategic community" kamen in den letzten Jahren tatsächlich die Forderungen, die jetzt von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf die Entscheidungsebene gehoben werden. So hieß es etwa in dem "Rahmenkonzept für eine ressortübergreifende Sicherheitspolitik", das im Verlauf eines "Seminars für Sicherheitspolitik"



Bundeswehr in Afghanistan

entwickelt worden war, man benötige nun "klare grundgesetzliche Regelungen" für Bundeswehreinätze im Inland. Vor allem aber sei ein Gremium zu schaffen, das im Krisenfall "mit der Erarbeitung eines ressortgemeinsamen Krisenreaktionskonzepts betraut" und beim Bundeskanzleramt angesiedelt werden könne – ein deutlicher Hinweis auf den nun auf der Tagesordnung stehenden Nationalen Sicherheitsrat. Dadurch, dass der gesamte Bundessicherheitsrat im Kuratorium der BAKS vertreten ist, kommt letztendlich die Forderung, den Bundessicherheitsrat zum „Nationalen Sicherheitsrat“ mit den entsprechenden Kompetenzen zu machen, mit vom Bundessicherheitsrat selbst.

Beiratsmitglieder:

Argirakos, Dr. Dimitrios, Vorsitzender des Düsseldorfer Instituts für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
Burchardt, Professor Rainer, ehemaliger Chefredakteur DeutschlandRadio Köln
Carstens, Peter-Heinrich, General a.D., ehemaliger Chef des Stabes SHAPE
Frey, Dr. Peter, Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios, Berlin
Guttenberg, Karl-Theodor Freiherr zu, Mitglied des Deutschen Bundestages
Hacke, Professor Dr. Christian, Seminar für Politische Wissenschaft der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Lehrstuhl für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte

Harms, Menno, Vorsitzender des Aufsichtsrates Hewlett-Packard GmbH Deutschland
Janning, Josef, Stellvertretender Direktor Centrum für angewandte Politikforschung, München
Kaiser, Professor Dr. Dr. h.c. Karl, Sprecher Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.
Kamp, Dr. Karl-Heinz, Sicherheitspolitischer Koordinator der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klink, Manfred, Erster Direktor (BKA) a.D., ehem. Leiter der Abteilung Staatsschutz beim BKA, Meckenheim
Kornelius, Stefan, Ressortleiter Außenpolitik, Süddeutsche Zeitung
Kujat, Harald, General a.D., ehem. Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, Sprecher des Beirates
Merten, Ulrike, MdB, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages
Müller, Professor Dr. Harald, Geschäftsführender Vorstand Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung
Münkler, Professor Dr. Herfried, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin
Perthes, Dr. Volker, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Roth, Dr. Michele, Geschäftsführerin der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn
Sandschneider, Professor Dr. Eberhard, Otto-Wolff Direktor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Berlin
Wehmeier, Dr. Klaus, Mitglied der Geschäftsführung der Körber-Stiftung
Wellershoff, Dr. Klaus W., Chief Economist UBS AG, Zürich

in Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.): Sicherheit und Stabilität, Berlin 2006 (Nr.1), S. 38–50

Der Werbefeldzug der Bundeswehr „Karriere mit Zukunft“: Morden in aller Welt

Der Bundeswehr wurde der Titel „Armee im Einsatz“ verliehen. Dafür braucht sie Material, vor allem auch „Menschenmaterial“, am liebsten jung und kräftig, gerne auch mit Facharbeiterausbildung. Deshalb zieht die Bundeswehr mit ihrem Werbefeldzug durch die Republik – durch Schulen, Messen und Arbeitsämter.

Durch die ständig steigende Anzahl der Auslandseinsätze und die neuen Aufgaben, die sie im Inneren des Landes übernehmen möchte, hat die Bundeswehr zur Zeit einen steigenden Bedarf an Soldaten. Gleichzeitig sinkt aber durch den demographischen Wandel die Zahl der Menschen im wehrfähigen Alter. Berichtete die Berliner Zeitung im Mai 2000 noch, dass die Bundeswehr sinkende Bewerberzahlen zu verzeichnen hat, so titelte sie im Januar 2006 schon, die Bundeswehr werde zu einer „Armee der Arbeitslosen“. Hatte die Bundeswehr noch vor einigen Jahren zu kämpfen mit der abschreckenden Wirkung der Auslandseinsätze, hat sie nun durch die Arbeitslosigkeit einen steigenden Zulauf. Mehr als jeder Dritte einberufene Wehrpflichtige war zuvor arbeitslos gewesen.

Bundeswehr in Schulen und Öffentlichkeit

Die Bundeswehr greift diese Situation in ihrem Werbefeldzug auf und zieht mit ihrem in zivilem blau lackierten Mercedes-Benz-Sattelschlepper mit begehbarem Auflieger durch die Republik und wirbt mit Slogans wie „Bundeswehr – Karriere mit Zukunft“ und „Entschieden gut. Gut entschieden: Sichern sie sich einen von 20.000 Arbeitsplätzen“. Angesteuert wurde damit zum Beispiel auch das Landesturnfest in Gütersloh, wo sie Tausende meist minderjährige Sportler und Kinder mit ihrer Propaganda zuschüttete. Aber das ist nur ein Teil des ausgeklügelten Konzepts zum Häschen der Jugend. So besuchen unter anderem auch speziell ausgebildete Jugendoffiziere Schulen, um dort die

Bundeswehr vorzustellen. Den Lehrern werden Unterrichtsmaterialien zur Verfügung gestellt und die Möglichkeit gegeben, mit ihren Schülern Strategiespiele bei der Bundeswehr zu buchen, bei denen sie das Kriegführen lernen. Ebenso präsentiert sich die Truppe bei Jugendmessen oder Durchführungen von Talentshows und sportlichen Wettkämpfen.

Bundeswehr in den Arbeitsämtern

Damit nicht genug, die Bundeswehr wirbt auch verstärkt an Arbeitsämtern und macht sich die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen zum Anheuern für das Kriegshandwerk zunutze. Brisant wird das Ganze durch die Hartzgesetzgebung, die vorsieht, dass Jugendliche unter 25 Jahren nur einen reduzierten Arbeitslosengeld II-Satz erhalten, nicht zu Hause ausziehen dürfen und nach dreimonatiger Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland vermittelt werden können. Zudem können ihnen bei einem einmaligen Verstoß alle Bezüge gekürzt werden.

Die ARGEn werben für den Beruf des Soldaten mit Argumenten wie den „hervorragenden Weiterbildungsmöglichkeiten“, der „Sicherheit des Arbeitsplatzes“ und dem „hohen Gehalt“. Um noch überzeugender die Jugendlichen zu werben, werden die Mitarbeiter der ARGEn direkt in Bundeswehreinrichtungen auf die Beratungsgespräche vorbereitet. Bisher führt die Bundeswehr in 204 Arbeitsämtern regelmäßig Rekrutierungsveranstaltungen durch. In elf ARGEn besitzt die Bundeswehr sogar dauerhafte Büros. In Dessau wurde der Bundeswehr für eine ganze Woche die Möglichkeit der Selbstdarstellung im Arbeitsamt geboten und somit die Chance, arbeitslose Jugendliche abzufangen. In Leipzig hat die ARGE im Nov. 2007 mit der Bundeswehr einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. Ziel dabei ist: „Unterstützung der Bundeswehr bei der passgenauen Besetzung offener Stellen für Zeitsoldaten.“ (siehe Kasten).

Arbeitslosen Jugendlichen drohen Leistungskürzungen, wenn sie nicht an den Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr teilnehmen. So äußerte sich der Sprecher der ARGE Leipzig, Ronny Schleicher, in der Dresdner Morgenpost Ende 2007 folgendermaßen: „Ein Angebot für einen Job beim Bund werten wir als normale Wiedereingliederungshilfe. Allerdings werden wir in jedem Einzelfall prüfen, ob das Angebot zumutbar war und somit Sanktionen fällig werden.“ Zudem sind der Gruppe „Bundeswehr-Wegtreten“ Fälle bekannt, bei denen jugendliche Arbeitslose unter Sanktionsandrohungen zur Teilnahme an BW-Werbeveranstaltungen verpflichtet wurden.

Warum die Bundeswehr keine Alternative ist

Das Leben unter den Zwängen von Hartz 4 ist unerträglich, aber ist das ein Grund, zur Bundeswehr zu gehen? Wir sagen nein! Viele sagen, die Jugend geht zur Bundeswehr, weil sie keine Alternative hat. Wir sagen, weil sie keine Haltung hat! Denn nach dieser Logik müssten die Jugendlichen in der 3. Welt die größten Militaristen überhaupt sein. Das Geld fürs Kino hat nicht gereicht, da zog ich mit dem Maschinengewehr nach Afghanistan. Nein, das ist kein Ausweg. Für den „ungehinderten Zugang zu Rohstoffen“ in den Krieg zu ziehen, ist keine Alternative. Für die Interessen der westdeutschen Monopole in aller Welt zu morden, ist keine Option. Es gibt nur eine Möglichkeit:

Kampf dem deutschen Imperialismus! Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!

Susann

„Von den 6000 Soldaten im Ausland waren im vorigen Monat 31 Prozent Ossi. Bei den Mannschaftsdienstgraden - also ‚Schütze Arsch‘ - waren es sogar 39 Prozent. Und wenn sie es schaffen, im Fähnrichsrank mit Todesfolge zu verunfallen, dann gehören sie zu jenen 36 Prozent Ossi, die als Unteroffiziere dabei sind bzw. waren. In höheren Rängen werden sie selten.“

Mathias Wedel, Neues Deutschland, 9. September 2008
Der Anteil der Bürger der annektierten DDR an der Gesamtbevölkerung beträgt gerade mal 16 -17%.

Pressemeldung der ARGE Leipzig
vom 30.11.07

(Quelle: www.arge-leipzig.de)

ARGE + Bundeswehr = Job

Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit rücken die Arbeitsgemeinschaft Leipzig (ARGE) und die Bundeswehr zukünftig enger zusammen. Im November dieses Jahres unterzeichneten beide Einrichtungen einen gemeinsamen Kooperationsvertrag.

Die Zusammenarbeit verfolgt zwei primäre Ziele. Zum einen hat die Bundeswehr weiterhin einen hohen Bedarf zur Einstellung von Soldaten. Diesen Bedarf soll auch die Kooperation mit der ARGE Leipzig decken, denn viele junge Menschen werden erstmals im Zusammenhang mit ihrer Arbeitslosigkeit auf den Arbeitgeber Bundeswehr aufmerksam.

„Wir nehmen die Kooperation mit der Bundeswehr sehr ernst. Für unsere Arbeitsvermittler und Fallmanager ist es sehr wichtig, dass sie ein konkretes Bild der zu besetzenden Stellen haben. Wir können unsere Kunden dann umfassender zum Arbeitgeber Bundeswehr informieren. Deshalb lernen unsere Mitarbeiter die Bundeswehr vor Ort kennen und intensivieren die Kontakte zur regionalen Wehrdienstberatung“, so Dr. Andreas Zehr, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Leipzig, zu den nächsten Schritten.

Als zweites Ziel soll die Zusammenarbeit das Funktionieren des Kreislaufes „Wirtschaft – Bundeswehr – Wirtschaft“ vorantreiben. Junge Frauen und Männer, die sich für den Dienst in den Streitkräften entscheiden und ihren Dienst nicht in der Region Mitteldeutschlands ausüben können, sollen für die Zeit nach der Bundeswehr berufliche Perspektiven in „ihrer“ Region aufgezeigt bekommen und der Region als Fachkräfte erhalten bleiben. [...]



„8. Mai: Dank Euch“

Aufkleber 10,5 x 7,2 cm · wetterfest

2 ct/stück · 4 Motive

zu beziehen über Kontakt@FDJ.de



Französische
Resistance-
Kämpfer,
Paris 1940

Sieg der US Army auf Iwojima,
23. Februar 1945

Sowjetische Infanteristen und Panzerbesatzungen feiern die Befreiung vor dem Brandenburger Tor, Mai 1945



Begegnung
sowjetischer und
US-amerikanischer
Truppen in Torgau
an der Elbe,
27. April 1945



Stellungnahme der FDJ zu den Angriffen auf die Versammlungsfreiheit

Die Bayrische Staatsregierung hat einen Entwurf für ein Bayrisches Versammlungsgesetz vorgelegt, das sie noch dieses Jahr beschließen lassen will. Es schränkt die Versammlungsfreiheit ein. Weitere Bundesländer haben bereits eigene Entwürfe vorgelegt oder arbeiten daran.

Die Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht (GG Art. 8) und war bisher durch ein Bundesgesetz geregelt. Durch die sogenannte Föderalismusreform ist sie zum Spielball der Länder geworden. Die Bundesländer haben das Recht erhalten, das Versammlungsrecht durch eigene Gesetze zu regeln.

Dieses Grundrecht - auf der Straße jetzt schon täglich von der Staatsgewalt niedergeknüppelt und per Grundgesetz auf „Deutsche“ beschränkt- wird damit auch noch zum Opfer der reaktionären, feudalistischen Kleinstaaterei. Eines unserer wichtigsten Grundrechte gegenüber dem Staat: Zerschlagen in 16 unterschiedliche Gesetze! Unsere Möglichkeit zum Widerstand: Gespalten!

Hier zeigt der Föderalismus seine wahre, hässliche Fratze. Am Leben geblieben durch die Feigheit der deutschen Bourgeoisie, den Feudalismus nicht vollständig abgeschafft zu haben. Von den Herrschenden schon immer genutzt den Widerstand zu spalten und niederzuschlagen, wie beispielsweise die Rätebewegung 1918/19. Und nicht zuletzt die Ursache für die Herausbildung besonders reaktionärer Horte, wie z.B. Bayern – Brutstätte der NSDAP.

Die DDR hat Schluss gemacht mit diesem Relikt aus dem Feudalismus und auf deutschen Boden erstmals den modernen Zentralstaat errichtet. Eine Republik auf antifaschistisch, demokratischer Grundlage, mit Grundrechten, die unteilbar waren und durch die Aufhebung des Rechtes auf Ausbeutung erstmals für alle Menschen gleiche Voraussetzungen schuf, ihr Recht wahrzunehmen. Auch in dieser Hinsicht ist die Annexion der DDR durch die BRD ein unermesslicher gesellschaftlicher Rückschritt, mit ihr ging auch die Zerschlagung des Zentralstaates DDR in sechs Bundesländer einher. Ein Rückschritt in mittelalterliche Zustände über den auch bunte Häuserfassaden und leuchtende Werbeschilder nicht hinwegtäuschen können.

Auf der anderen Seite ist es gerade dieser Rückschritt, von dem sich der deutsche Imperialismus nährt, in dieser Zeit, in der der absterbende Kapitalismus seinen letzten, zerstörerischen Überlebenskampf führt. Allen Imperialisten voran der Deutsche, der sich durch die Annexion der DDR zum dritten Mal in Position gebracht hat, den Weltfrieden zu gefährden.

Deswegen und nur deswegen haben die Herrschenden ihren Föderalismus „reformiert“, haben sie 25 Grundgesetzartikel umgeschrieben. Denn die sogenannte Föderalismusreform hatte nur ein Ziel: Den staatlichen Gewaltenapparat in den Händen des Bundes zu zentralisieren und die Rechte der Bevölkerung dem Wettbewerb um die reaktionärsten Landesgesetze preiszugeben und so den Widerstand zu spalten. Das Versammlungsgesetz ist hier nur ein gravierendes Beispiel.

Das ist ein Teil der Kriegsvorbereitung nach innen und das ist ein Teil der Annexionspolitik gegen die DDR, die mit dieser Änderung des Grundgesetzes ihren letzten Schliff bekommt. So wurde mit der Föderalismusreform auch die Verpflichtung des Bundes aufgehoben, im gesamten Bundesgebiet für gleichwertige Lebensbedingungen zu sorgen. Die westdeutschen Imperialisten hatten nie vor, diesen einst so heiligen Grundsatz in der DDR zu verwirklichen. Ihrer so geschaffenen Realität im Annexionsgebiet setzen sie damit nur noch den Stempel der Legalität auf, und legen damit zugleich die Bedingungen für die künftige Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus fest.

Wir werden nicht kampflös zusehen, wie die Versammlungsfreiheit in 16 Gesetzen zerfleddert wird. Die Föderalismusreform muss aufgehoben werden. Wir brauchen unsere Grundrechte, um gegen diesen Notstand der bürgerlichen Republik zu kämpfen und gegen seine Ursache, die Annexion der DDR.

Am 10. Juli wurde im bayrischen Landtag mit 2/3-Mehrheit, also den Stimmen aller CSU-Abgeordneten, das neue bayrische Versammlungsgesetz verabschiedet.

Dieses Gesetz hat einen Inhalt: Die de facto Abschaffung des Versammlungsrechtes und einen Rückfall in die Zeit der Bismarck'schen Sozialistengesetze. (Details siehe Fanfare vom 1. Mai 2008)

Interessant außerhalb Bayerns wird das Ganze nun, wenn man sich die Grundlage ansieht, warum überhaupt die CSU auf die Idee kommen konnte, ein eigenes Versammlungsgesetz zu basteln: Im Juli 2006, als sich gerade die neue deutsche Volksgemeinschaft im „Sommermärchen“ abfeierte, als alles im Fußballweltmeisterschaftswahn war und man vor lauter schwarz-rot-gold überhaupt nichts anderes mehr sah, wurden im Bundestag mit der so genannten Föderalismusreform auf einen Schlag 25 Grundgesetzartikel geändert und der umfassende Umbau des Staatsapparates der BRD seit ihrem Bestehen beschlossen, vollkommen unbeachtet von der berauschten Öffentlichkeit. In dieser Föderalismusreform geht es in der Hauptseite um die Zentralisierung des Gewaltenapparates, z.B. durch die Legalisierung der bis dahin verbotenen Bundespolizei, aber auch um die Dezentralisierung demokratischer Rechte, wie zum Beispiel des Versammlungsrechtes. Damit wurde den reaktionärsten Landesregierungen, Bayern und Hessen, die Möglichkeit geschaffen, einen Wettbewerb für das schärfste Versammlungsgesetz zu eröffnen und somit neue Standards zu schaffen. Wer glaubt, dass sich die anderen Bundesländer nicht in diesen Sog hineinziehen lassen, hat noch viel zu viele und unberechtigte Illusionen in diesen Staat. Außerdem ist dies nun der erstewirklich für vieles spürbare Ausdruck dessen, was diese Föderalismusreform bedeutet. Insgesamt wird uns alle diese Föderalismusreform aber noch viel härter treffen.

In Bayern gab es einen verhältnismäßig heftigen Widerstand gegen dieses Versammlungsgesetz, vor allem unter Führung der Gewerkschaft ver.di. Von diesem Kampf möchte ich nun berichten.

Der Kampf gegen das bayrische Versammlungsgesetz

Als wir diesen Gesetzentwurf zum ersten Mal diskutierten, war uns klar: Wir werden dieses Gesetz wegekämpfen! Erstens waren die potentiellen Bündnispartner in diesem Kampf gar nicht so wenige und die ver.di als Zugpferd der Bewegung durchaus ernst zu nehmen. Zweitens ist dieses Gesetz ein solcher Einschnitt in unsere politische Tätigkeit, dass es für uns eine Notwendigkeit ist, dieses Gesetz wegzukämpfen. Und drittens ist es ein anderes Herangehen an einen Kampf um demokratische Rechte, wenn man ihn nicht von vornherein aufgegeben hat, sondern auf seine Kräfte vertraut, und davon ausgeht zu gewinnen. Also versuchten wir unser Bestes, unseren Part in diesem Kampf bestmöglich wahrzunehmen. Klar war nämlich auch: Dieser Kampf kann nur gewonnen werden, wenn es gelingt, ein möglichst breites kampfbereites Bündnis auf die Beine zu stellen.

So besuchten wir alle Sitzungen des von der ver.di ins Leben gerufenen Einladerkreises: „Rettet die Grundrechte – gegen den Notstand der Republik“. Dort wurde zunächst ein Aktionstag

am 26. April als Auftakt geplant, um dann auf eine vom DGB getragene Großdemonstration hinzuwirken, die das nötige Schwungrad für weitere Aktivitäten in der Endphase vor der geplanten Verabschiedung des Gesetzes bieten sollte.

Münchener Aktionstag gegen das Versammlungsgesetz

Der Aktionstag war so geplant, dass jede Organisation an diesem Tag Aktionen wie Infotische, Demos o.ä. aufziehen sollte, um größtmögliche Aufklärung zu erreichen.

Wir hatten vor, gemeinsam mit anderen Jugendorganisationen eine Demonstration durchzuführen mit Transparenten, auf denen nichts draufsteht, mit Schildern, auf denen nichts draufsteht, mit einer Lautsprecheranlage, aus der nichts rauskommt, mit weißen Fahnen und mit überklebten Mündern.

Diese Aktionsform eignet sich hervorragend, um den staunenden Passanten am Straßenrand Flugblätter in die Hand zu drücken, auf denen hingewiesen wird, dass zukünftig die



Mit weißen Fahnen, Transparenten und Schildern ohne Losungen ...



... gegen das neue bayrische Versammlungsgesetz
die Leute ins Fragen und Grübeln gebracht

meisten Demos so aussehen müssten, wenn das Gesetz durchgehen würde. Die Kulisse würde natürlich noch viel besser wirken, wenn die Polizei mitspielen würde. Also suchten wir uns zwei polizeibekanntes Versammlungsleiter, ließen sie die Demonstration im schönsten Autonomenstyle unter dem Motto „Den Widerstand gegen das Versammlungsgesetz auf die Straße tragen“ anmelden und mussten nur noch auf die Polizeihundertschaften warten, die dann auch kamen. In der Vorbereitung sind leider die meisten der anderen Organisationen abgesprungen, so dass wir die Demo alleine durchziehen mussten, was aber dann mit ca. 50 Leuten auch gelang. Recht viel mehr Leute braucht man auch nicht, um dieses Bild darzustellen und die Flugblätter zu verteilen. Außerdem wurden wir ja noch von genügend Statisten der bayrischen Polizei unterstützt.

Unsere Demo zog drei Stunden lang durch weite Teile der Münchner Innenstadt, und während der Zeit schafften wir es, ca. 3.500 Flugblätter an den Mann bzw. die Frau zu bringen, was für diese 50 Leute gar keine schlechte Quote darstellt.

Die Bullen fanden es auch nicht ganz witzig, so verarscht worden zu sein. Der Trupp des USK (Unterstützungskommando, besonders brutale bayrische Schlägereinheit der Polizei) merkte es am schnellsten, und gab, kurz bevor wir losgehen wollten,

panisch das Zeichen zum Sammeln und Aufbruch. Die anderen merkten es erst später, als sie schon mit uns unterwegs waren, so dass der Einsatzleiter mir erbost ins Lautsprecher-Auto brüllte: „Wenn ich gewusst hätte, was sie da vorhaben, dann hätte ich Sie das Auto schieben lassen.“

Ansonsten waren an diesem Tag ca. 10 weitere Infostände in der ganzen Stadt verteilt, was zwar in Anbetracht der unzähligen in München ansässigen Organisationen und Splittergruppen nicht viel ist, aber doch einen halbwegs geklungenen Auftakt darstellte. Im Vorfeld waren 200.000 allgemeine Flugblätter gegen das Versammlungsgesetz gedruckt worden, die ihren ersten Einsatz an diesem Aktionstag fanden und bis zur Verabschiedung fast alle verteilt wurden.

1. Mai

Am ersten Mai wurde es geschafft, die Demonstration in München zu einer kraftvollen Demo gegen das Versammlungsgesetz zu machen, durch



Transparente und durch Aufkleber, die alle Demonstrationsteilnehmer auf ihrer Kleidung, auf Fahnen und auf Transparenten trugen.

Die bayrische Polizei versuchte hier bereits, Teile des noch nicht verabschiedeten Versammlungsgesetzes umzusetzen, indem sie eine Demoteilnehmerin, die per Lautsprecher die Zivilpolizisten aufforderte, die Demonstration zu verlassen, festnahm. Laut dem neuen Versammlungsgesetz ist das verboten. Dass sich die Beamten bei der Festnahme auf ein nicht verabschiedetes Gesetz stützten, also illegal handelten, störte sie nicht.

Öffentliche Anhörung im bayrischen Landtag

Der Einladerkreis organisierte auch einen massenhaften Besuch der öffentlichen Expertenanhörung zum Versammlungsgesetz im Landtag. Über 100 Kollegen und Genossen folgten dem Ruf des Einladerkreises und verschafften dem Landtagspersonal einige hektische Stunden. Denn einen so großen Andrang gab es bei einer Expertenanhörung noch nie. Obwohl dieser Andrang von unserer Seite offiziell angekündigt war, wollte uns die Landtagsverwaltung zunächst einen Saal mit lediglich 45 Sitzplätzen zur Verfügung stellen. Nachdem die Menschentraube vor dem Landtag aber nicht kleiner werden wollte und die Landtagsverwaltung auf diese Weise eine politische Kundgebung innerhalb der Bannmeile organisiert hatte, wurden wir schlussendlich doch alle hineingelassen und konnten den Ausführungen der Experten lauschen. Dass der immer wieder beschworene Souverän, nämlich das Volk, endlich mal wissen wollte, wie solche Gesetze zustande kommen, verunsicherte die Herren der CSU sichtbar. Die streng verbotenen Beifallsbekundungen, die demokratischen Experten gezollt wurden, beziehungsweise Unmutsbekundungen, die die im Sold der CSU stehenden Experten bekamen, wurden überhaupt nicht geahndet. Und auch sonst begehrten die anwesenden CSUler nicht gegen uns auf, auch wenn ihnen Ihre Sitzungsgetränke weggetrunken, ihre Stühle besetzt wurden, ...

Inhaltlich blieb am Schluss übrig: Es gab keinen ernst zu nehmenden Experten, der irgendein gutes Haar an diesem Gesetz gelassen hätte, das war der CSU aber wurscht. Andererseits waren sie schon etwas nervös ob unserer Anwesenheit und des Widerstandes gegen das Versammlungsgesetz.

Ver.di-Jugend-Camp

Die ver.di-Jugend Bayern führte dieses Jahr ein bayernweites Camp in Sonthofen durch, bei dem sich inhaltlich sehr stark mit dem Versammlungsgesetz und dem Notstand der Republik beschäftigt wurde.

Zum Abschluss des Camps gab's in Sonthofen eine Demonstration gegen das bayrische Versammlungsgesetz mit einer Kundgebung, auf der eine Agitprop-Aktion durchgeführt wurde, die auf theatralische Weise die Problematik des Versammlungsgesetzes anschaulich darstellte. Protagonisten waren: Streikende eines Betriebes, Kapitalist, Polizei, Beckstein, USK und die ver.di-Jugend, die am Schluss das Versammlungsgesetz wegekämpft.

Dieser Aktionstag hat Spaß gemacht, denn mit 150 Leuten durch eine Kleinstadt wie Sonthofen zu demonstrieren, drückt schon Kraft aus. Die Aktion war super, inhaltlich gute Reden der stellvertretenden Bayernvorsitzenden von ver.di und des Bayernvorsitzenden der ver.di-Jugend rundeten die Geschichte schön ab.

Mobilisierung zur Großdemonstration

Inzwischen hatten sich viele linke Organisationen abgespalten, um gemeinsam mit der FDP und anderen offenen Gewerkschaftsfeinden eine eigene, vom DGB unabhängige Demonstration durchzuführen, die am 31.05 stattfand, aber mit 1.500 Teilnehmern eher das untere Level einer Großdemonstration darstellte. Das Problem an dieser Demonstration war, dass für diejenigen, die zu dieser Demonstration aufgerufen hatten, mit dieser Demonstration die Sache gegessen war und es nicht mehr für notwendig befunden wurde, weiter gegen das Versammlungsgesetz zu kämpfen, geschweige denn, mit dem Einladerkreis „Rettet die Grundrechte – Gegen den Notstand der Republik“ an einem Strang zu ziehen, damit die Kampagne gegen das Versammlungsgesetz durch die DGB-Großdemonstration am 26.06. möglichst viel Schwung gewinnt. Dies wiederum kapierten auch die Oberen des DGB, denen an der Kampagne gegen das Versammlungsgesetz nicht wirklich viel gelegen war. Schließlich handelte es sich ja hierbei um einen politischen Kampf der Gewerkschaften, den die höheren Gewerkschaftsfunktionäre meiden wie der Teufel das Weihwasser. Auf der anderen Seite konnten sie auch nicht viel gegen diesen Kampf vorbringen, so dass von Seiten des DGB die Linie gefahren wurde, diese Demonstration

zwar nicht zu blockieren, aber, wenn nicht der entsprechende Druck von unten käme, möglichst wenig dafür zu tun. Genau das ist geschehen, nachdem klar war, dass diese Abspaltung stattfindet, und so kam es, dass einige wenige Aktivisten gezwungen waren, alleine für diese Demonstration zu mobilisieren. Wir waren da als FDJ sehr stark eingebunden, verteilten massiv Flugblätter vor Schulen und hängten Plakate auf. Aber es gab auch Andere, die unermüdlich Plakate und Flugblätter überall in München aufhängten, so dass man in München nur schlecht an dem Thema vorbeikam. Nur die Sozialdemokratie bewies wieder einmal, was „Sozialdemokratie“ bedeutet. Auf ihrem Bayrischen Parteitag beschloss sie, sich an der Kampagne zu beteiligen. Die Münchner SPD sicherte 1.300 Plakate der Größe A0 zu, die sie in ganz München kleben wollte. Schlussendlich habe ich 3 Plakate in ganz München gesehen, der Rest blieb wohl in den Büros liegen.

DGB-Demonstration am 21.06.

So kam es, dass die Demonstration des DGB am 26.06. dann mit 3.000 Leuten ganz gut besucht war, aber die gewünschte Stärke von über 20.000 Leuten bei weitem nicht erreichte, die nötig gewesen wäre, um einerseits die Arroganz der Macht ins Wanken zu bringen, die die CSU an den Tag legte, und andererseits der Bewegung gegen das Gesetz genügend Schwungkraft zu geben. Insgesamt waren immerhin Hunderte von Parteien, Organisationen und Initiativen zu Aufrufern der Demonstration geworden und die Stimmung war auch nicht schlecht: Sabine Leutheuser-Schnarrenberger musste anerkennend bei ihrer Rede auf der Abschlusskundgebung feststellen, dass auf der Demonstration das Verbot der CSU gefordert wurde.

Ansonsten sprachen der Bayrische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser, der KZ-Überlebende Max Mannheimer, der ehemalige Verfassungsrichter Klaus Hahnzog und der Streikleiter des großen Steiks bei Gieseke & Devrient im Vorjahr.



DGB-Demonstration am 21.06. in München.

Mahnwache vor dem Landtag

Die Streikleitungen haben sich in den letzten Jahren angewöhnt, zur besseren Öffentlichkeitswirksamkeit ihres Kampfes Mahnwachen aufzustellen. Dieses bewährte Kampfmittel kramten nun die Streikleitungen von Gieseke & Devrient, Telekom und Post hervor, um auch ihren Teil zum Kampf gegen das Versammlungsgesetz beizutragen: Direkt außerhalb der Bannmeile und in Sichtweite zum Landtag wurde für die letzte Woche vor der Verabschiedung eine Mahnwache aufgebaut, die, getragen von den Streikleitungen, von allen möglichen Unterstützern im Laufe der Woche aufgesucht wurde: Betriebsgruppen kamen vorbei, Gewerkschaftsgliederungen und politische Organisationen verlegten ihre Sitzungen zur Mahnwache, Pressekonferenzen wurden abgehalten und auch Parlamentarier von den Grünen und der SPD ließen sich blicken. Es war einiges los, und auch die Öffentlichkeitswirksamkeit mitten in der Maximiliansstraße war nicht zu übersehen.

Von dieser Mahnwache aus zog auch die ver.di-Jugend mit Unterstützung der FDJ los, um noch einmal in einem nahegelegenen Stadtteil eine Aktion zu machen: Es wurde ein politisches Torwandschießen angeboten, bei dem die Passanten die Möglichkeit hatten auf Beckstein und Schäuble zu schießen, deren Fotos über die Torlöcher geklebt waren. Auf dem Rest der Torwand waren stichpunktartig die Maßnahmen des Versammlungsgesetzes aufgelistet. Begleitet wurde die Aktion von Flugblattverteilern und einem Moderator, der über das Versammlungsgesetz aufklärte. Natürlich spielte auch hier die Polizei hervorragend mit, die plötzlich mit drei Polizeiautos auftauchte. Uns wurde erklärt, dass ein Torwandschießen auf Schäuble und Beckstein (Schäuble hatten wir im Übrigen in die Aktion mit aufgenommen, um den Leuten den Zusammenhang mit dem Notstand der Republik erklären zu können) den Straftatbestand der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole darstellen würde, und wir deshalb die Bilder überkleben müssten. Das taten wir doch sehr gerne: Wir überklebten deren Augen mit den Aufklebern

gegen das Versammlungsgesetz, und der Moderator wies ständig auf die Zensurmaßnahme hin, was das Interesse der Passanten noch mehr erhöhte. Bei dieser Aktion wurde deutlich, dass viele Passanten bereits bescheid wussten, obwohl das Thema von der Presse fast totgeschwiegen worden war. Fast jeder hatte bereits ein Flugblatt gelesen oder von Bekannten davon gehört. Die Wut war groß, aber auch die Ratlosigkeit, wie man dagegen vorgehen könnte. Umso mehr wurde unser Kampf gelobt und wir zum weitermachen aufgefordert.

Fazit

Schließlich wurde das Versammlungsgesetz verabschiedet, mit leichten Abschwächungen zwar, die definitiv unserem Widerstand zugerechnet werden können, aber eben verabschiedet. Dies war der absoluten Mehrheit der CSU in Bayern geschuldet, der Föderalismusreform und der Spalterei innerhalb der Bewegung. All diese Punkte müssen wir beseitigen. Packen wir's an.

*„Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.“
(Bertolt Brecht)*

Abonnement.

Ich abonniere hiermit die Fanfare für vier Ausgaben zum Preis von 5 Euro (Förder-Abonnement: 15 Euro). Den Betrag habe ich
() in Briefmarken bzw. Banknoten beigelegt.
() auf das Konto
Nr.: 55 83 82 20 05
bei der Berliner Volksbank
BLZ 100 900 00 überwiesen.

Name: _____

Anschrift: _____

Telefon: _____

KAZ

Kommunistische

Arbeiterzeitung

Nr.324

Juli 2008

1,50 Euro

Hände weg von China

**NPD und der
schwarz-braune Bürgerblock**

und weitere Artikel

www.kaz-online.de

erscheint vierteljährlich
Einzelheft Euro 1,50
Jahresabo Euro 10,00

Redaktion der
Kommunistischen
Arbeiterzeitung

Tel/Fax: 0911-356913
e-mail: gruppeKAZ@aol.com

Reichstraße 8
90408 Nürnberg

Impressum

Die FANFARE ist das Infoblatt der Freien Deutschen Jugend. Herausgeber ist der FDJ Zentralrat.
Quellen- und Bildnachweise auf Anfrage.
Sämtliche Artikel geben lediglich die Meinung des Verfassers wieder.

Herausgeber:
FDJ Zentralrat; E.i.S
V.i.S.d.P.: Ringo Ehlert
c/o FDJ Zentralrat
Karl Liebkecht Haus
Weydingerstr 14-16
10178 Berlin
Tel./Fax: 030-24 00 92 11

e-Mail: Fanfare@FDJ.de
Internet: www.FDJ.de
Spendenkonto:
Inhaber: FDJ
Berliner Volksbank
BLZ 100 900 00
Konto Nr.: 55 83 82 20 05

Warum nicht?!

Wenn irgendwelche dahergelaufenen Wissenschaftler vom „Forschungsverbund SED-Staat“ Schüler in Ost und West zu ihrer Haltung zur DDR befragen können, dann können wir das auch. Zugegeben, uns treiben unterschiedliche Motive. Sie wollen im Jahr 18 nach der Annexion der DDR beweisen, dass die Schule versagt im Vermitteln von Herrschaftswissen. Die Lehrer vor allem im Osten kriegen es noch nicht so richtig hin mit dem Eintrichtern, wie elend doch das Leben unter der Schreckensherrschaft DDR war. Wir dagegen wollen mit den Schülern ins Gespräch kommen. Sie fragen, was sie von der DDR wissen, obwohl sie diese nie erlebt haben und warum sie denken, dass das Leben dort besser war als das Leben heute. Aber dazu müssen wir ja erst mal wissen, was sie denken.

Wir stellten uns also in der ersten Septemberwoche vor Schulen in Greifswald. Warum Greifswald? Weil Greifswald in oben genannter Schülerstudie gar keine Rolle spielte? Weil dort in Mecklenburg-Vorpommern die Arbeitslosenquote erstmals sinkt, da so viele junge Leute wegziehen, dass nur noch Rentner bleiben, die bekanntlich nicht arbeitslos werden können? Weil sich die Nazis Meck-Pomm aus diesen Gründen zum Beackern ausgesucht haben, die NPD fröhlich Staatsgelder einstreicht und eine „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) Kinder- und Jugendferienlager anbietet?

Eigentlich haben wir in Greifswald einfach angefangen.

Früh morgens baten wir die Schüler, einen kleinen Fragebogen auszufüllen. Den sollten sie uns gleich wiedergeben oder später in den Pausen oder nach dem Unterricht in die Hand drücken. Wir stellten ihnen nur zwei Fragen:

1. War die DDR besser als die heutige BRD?
2. Das größer gewordene Deutschland führt wieder Krieg. Findest Du, das ist richtig?

Während bei der Studie des Forschungsverbundes SED-Staat nur 4,3% der Schüler im Osten die DDR besser fanden als die BRD und 55% unentschieden waren, hatten wir 45-53% Zustimmung und nur 20-22% Unsicherheit. Meist mit der Begründung, sie hätten da noch nicht

gelebt. Die am häufigsten genannten Gründe waren: „Das Leben in der DDR war billiger und es gab weniger Geldprobleme. In der DDR waren die Menschen sozial abgesichert. Es gab Arbeit und Lehrstellen. Die Kriminalität war viel geringer und der Umgang der Menschen untereinander freundlicher.“ Aber auch: „Weil meine Mutti das immer sagt.“ Es sind also die Muttis, Vatis, Omas und Opas, die ihren Kindern so was beibringen. Es ist der Vergleich des Lebens in der DDR mit dem heutigen Leben und die Unsicherheit über die Zukunft, was die Eltern nachdenken lässt.

Die zweite Frage beantworteten fast alle Schüler eindeutig: 90% sagten, dass es nicht richtig sei, dass die Deutschen wieder Krieg führen. Es gab darunter auch Begründungen, die uns richtig gut gefielen, wie: „Da geht’s doch nicht um Sicherheit, sondern um Rohstoffe und Macht“.

Und so wie die vom Staat angestellten Wissenschaftler ausnutzten, nach der Umfrage im Gespräch den Schülern ihre Sicht auf die Dinge darzulegen, so nutzten wir das natürlich auch.

Mit Flugblättern standen wir am anderen Morgen wieder vor den Schulen. Uns

war es wichtig, neben der Auswertung ihrer Antworten den Zusammenhang zwischen den beiden Fragen deutlich zu machen: Die DDR führte keinen Krieg! Und solange es die DDR gab, führte auch die BRD keinen Krieg. Jetzt werden wir umworben von der Bundeswehr. Und je schlechter unsere Zukunftsperspektive, desto größer ihre Chance.

Wir müssen genauso um die Köpfe der Jugend kämpfen. Keiner darf in den Krieg ziehen und ihn hinhalten für die Profite von Siemens, Daimler, Deutsche Bank und großdeutschen Weltmachtansprüchen. Deshalb: Verkauf nicht Deinen Kopf – Du brauchst ihn zum Denken und nicht zum Helm aufsetzen!

Unsere Aktivitäten beschränkten sich jedoch nicht nur darauf. Wir organisierten eine Filmvorführung mit dem sowjetischen Klassiker „Der gewöhnliche Faschismus“ von Michael Romm. Dieser wurde angekündigt durch in ganz Greifswald wundersamerweise über Nacht aufgetauchte Plakate.

Durch ehemalige Schüler, die jetzt arbeitslos sind, erfuhren wir, dass sich die Bundeswehr im Arbeitsamt der Stadt



Kleine Agitprop-Aktion vor dem Arbeitsamt Greifswald ...



... gegen die Rekrutierung der Jugend durch die Bundeswehr ...

eingemietet hat und gezielt arbeitslose Jugendliche zu ihnen geschickt werden. Eine direkte Aufforderung an uns, auch dies an die Öffentlichkeit zu bringen! Wir hatten versucht, etwas darüber im Vorfeld herauszubekommen, bekamen da aber keine Antwort. Einfacher war es dann, so zu tun, als ob wir einen Termin haben. „Nein, da sind sie heute falsch. Die Bundeswehr ist alle zwei Wochen Donnerstags hier. Dort hinten im Besprechungsraum ...“

Und so tauchten wir während der Geschäftszeiten in unmittelbarer Nähe des Wirkungsbereichs des Herrn Kriegsveterans (Haus 7) passend gekleidet mit folgenden Schildern auf:

„Mein Urgroßvater marschierte nach Frankreich! Er starb in Verdun!“, „Mein Großvater marschierte gegen die Sowjetunion! Er starb in Stalingrad!“, „Mein Vater lebte in der DDR! Er wurde nicht in den Krieg geschickt!“... „Und uns schicken sie wieder in alle Welt!“

Zwei Flug-Verteiler machten zudem auf die Zielstellungen der Bundesregierung aufmerksam. Der überwiegende Teil der Passanten fand es sehr gut, dass wir das taten.

Wir könnten noch viel erzählen: Über einen Hausmeister, der geschickt wurde, uns zu vertreiben, stattdessen aber mit uns ins Gespräch kam und am anderen Tag, als wir erneut frech unser Ding machten, die Blauhemden schlicht „übersah“. Über einen Bäcker, der

unbedingt mehr Flugblätter von unserer Aktion vor dem Arbeitsamt gegen die Bundeswehr haben wollte, um sie auch in seiner Bäckerei zu verteilen; von Greifswalder DKPlern, die sich aktiv beim Flugblattverteilen einklinkten und und und ...

Damit wären wir wieder beim Ausgangspunkt: Wir machten in Greifswald die FDJ erlebbar, nicht nur plakativ, sondern ganz leibhaftig. Wir waren nicht auf uns allein gestellt, sondern hatten dabei örtliche Verbündete und tatkräftige Unterstützer.

Ein großes Dankeschön, das sich einmal als kleiner Blumenstrauß manifestierte, nochmal an sie an dieser Stelle!!

Unsere eingesetzten Fragebögen empfehlen wir als Muster auch anderen Ortsgruppen, um über diese mit den Schülern ins Gespräch zu kommen. Natürlich blieben dabei Auseinandersetzungen mit Lehrern, aber insbesondere Schulleitern nicht aus; nicht politischer, sondern formaler Art – als wenn Schulämter heutzutage Umfragen von unserer Organisation erlauben würden!

Und: Es ist ungeheuer wichtig, vor den Schulen zu stehen und über die aktuell-politische Situation, ihre Hintergründe und die damit verbundenen Zielstellungen der Regierenden aufzuklären. Denn Kenntnis um die Dinge ist der erste Schritt, um gegen sie organisiert aktiv zu werden!

M. A. O.



Einladung zum Film „Der gewöhnliche Faschismus“

DDR-Studie unter Schülern

Im Juli sorgte eine Studie für Furore, in der über 5000 Schüler in West und Ost über ihre Haltung zur DDR befragt wurden. Furore deshalb, weil die DDR dabei viel zu gut abgeschnitten hatte.

Und zwar vor allem unter den ostdeutschen Schülern. Ja, so geht das nicht, war der Tenor. Hier seien jetzt Schule, Staat und Medien gefordert, weil jaded Eltern offensichtlich versagen. Eine „Aufklärungsoffensive“ muss also ran, passend für 2009 und 2010, wenn wir 20 Jahre Annexion der DDR feiern. Lieber den Menschen die Augen verkleistern, als den Tatsachen ins Auge sehen, dass sich über die Jahre des Wartens auf die „Blühenden Landschaften“ angesichts Ausbildungsplatzmangel, Abwanderung, Arbeitslosigkeit und Hartz-4 etc. im Osten eine Stimmung breit gemacht, dass irgendwo da was nicht stimmt und vielleicht doch in der DDR nicht alles schlecht war.

Doch was hat diese Studie eigentlich nachgewiesen und vor allem, wer hat sie durchgeführt?

Offiziell wurde diese Studie herausgegeben vom „Forschungsverbund SED-Staat“ von der FU Berlin. Wie der Name des Forschungsverbundes schon andeutet, ist dort kein freier, objektiver Wissenschaftler anzutreffen. Interessant ist auch, sich die Gründungsmitglieder anzuschauen, die 1992 natürlich alle Wessis waren. Einen will ich gesondert nennen: Bernd Rabehl. Seine Beziehung zur DDR besteht darin, dass er als Jugendlicher davor „geflüchtet“ ist und noch Jahre später „Fluchthelfer“ war. Heute schreibt er regelmäßig für die rechtsextremen Zeitungen „Junge Freiheit“ und „Deutsche Stimme“ und tritt auf Veranstaltungen der NPD auf.

Also noch die Frage nach den Ergebnissen der Studie. Ist es so, wie das „Neue Deutschland“ schreibt: „Das Ergebnis stand fest und war unter Berufung auf die Gewissheiten der reinen Lehre nur noch zu beweisen“?

Wer eine „Aufklärungsoffensive“ beginnen will, muß erst mal nachweisen, dass die Schüler zu wenig wissen. Wer nachweisen will, dass die DDR umso kritischer gesehen wird, je mehr man darüber weiß, der muß dafür sorgen, dass die sie positiv sehen, eben nur ein schlechtes Wissen haben. So einfach. Und so ist's geschehen.

Ein maßgebliches Ergebnis der Studie ist: Die ostdeutschen Schüler wissen viel weniger als die westdeutschen über die DDR und daher kommt ihr positives Bild.

Jetzt gab es erst 2005 eine Studie von einer ähnlichen Institution, der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Dort hatte sich herausgestellt, dass ostdeutsche Schüler ein höheres geschichtliches Wissen als die westdeutschen hatten. Diesen Fakt fanden die jetzigen Studienmacher „mehr als bedenklich“. Warum? In der 2005er Studie wurden die Fragebögen an die Schulen versandt und nicht kontrolliert, wie sie ausgefüllt wurden. Und dazu schreiben sie: „Insbesondere in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin neigen Lehrer dazu, gerade bei Wissensfragen unterstützend einzugreifen, damit ihre Klasse nicht allzuschlecht abschnidet.“ Diese DDR-Lehrer waren also wieder daran schuld. Nicht genug, dass sie sich weigern, vorgeseiebtes Wissen an die Schüler weiterzugeben! Nein, sie torpedieren auch Umfragen! Was übrigens auch hier geschah: Alle angeschriebenen Schulen in Berlin-Friedrichshain (ehemalige DDR) weigerten sich, diese Umfrage mitzumachen.

Deshalb wollte man das hier ändern. Aber nicht nur durch Kontrolle beim Ausfüllen, sondern auch durch sogenannte Wissens-Fragen, die explizit „nicht nur den Wissensstand, sondern auch die subjektive Einschätzung abbilden sollten“.

Diese 18 „Wissensfragen“ waren z.B.: Die Todesstrafe gab es bis 1987 in... ?

(richtig: DDR)

Die Lebenserwartung war höher in... ?

(richtig: BRD)

Die Umwelt war sauberer in... ?

(richtig: BRD)

In der DDR hatten alle etwa das gleiche Einkommen? (richtig: nein)

Arbeitslager gab es in...? (richtig: DDR)

Wer hätte das gewusst? Als 16-jähriger

Schüler bist du bei solchen Fragen eigentlich aufgeschmissen, außer du hast eh schon eine schlechte Meinung über die DDR. Dann gelingt es dir vielleicht, das von den Studienmachern als richtig gewertete Ergebnis anzukreuzen.

Im Endeffekt hieß das aber: Wer diese 5 Fragen falsch beantwortete, konnte nur noch einen „mittleren Wissensstand“ haben. Ein sehr hoher und hoher war ausgeschlossen.

Nur drei von 18 Fragen gab es ausschließlich zu Daten bzw. Fakten: Wann wurde die Berliner Mauer errichtet? Von wem wurde die Berliner Mauer errichtet? Am 17. Juni gab es einen Volksaufstand in der ...?

Bei diesen drei Fragen schnitten die ostdeutschen Schüler jeweils um einige Prozentpunkte besser ab als die westdeutschen Schüler.

Diese Fragen sollen Beweis dafür sein, dass jemand ein hohes Wissen über die DDR hat? Wenn nur derjenige hohes Wissen haben darf, der die DDR schlechter bewertet, dann kann man eine Studie so anlegen. Letztendlich wurde das auch damit bewiesen:

Sehr hohes und hohes Wissen hatten: 21,2% der bayrischen, 8,7% der nordrhein-westfälischen, 8,3% der West-Berliner und nur 7,2% der Brandenburger und 4,5% der Ost-Berliner Schüler.

Jetzt stellt sich nur noch die Frage, wer denn die DDR am positivsten gesehen hat? Natürlich die Brandenburger und Ost-Berliner Schüler. Wobei die Umfrage nur dort gemacht wurde. Leider.

Anita



**Solidarität
ist unsere
stärkste Waffe!**

**Rote
Hilfe**

zentrales spendenkonto: kontakt: www.rote-hilfe.de

rote hilfe e.v.
konto 191 100 462
postbank dortmund
blz 440 100 46

rote hilfe bundesgeschäftsstelle
postfach 3255, 37022 göttingen
fon: (0551) 770 8008
fax: (0551) 770 8009

Eine Leseempfehlung: DDR unterm Lügenberg

Ralph Hartmann: *DDR unterm Lügenberg*, 2. Auflage 2007, Verlag Ossietzky, ISBN 978-3-9808137-3-0
Ladenpreis: 10,- EUR

Gleich vorab: Diese 120 Seiten umfassende Publikation ist ein absolutes Muss, was schon allein die Schwerpunktsetzung deutlich macht.

Lüge Nr. 1: Die zwei Diktaturen in Deutschland

Lüge Nr. 2: Stasifolter und Stasiterror

Lüge Nr. 3: Der verordnete Antifaschismus

Lüge Nr. 4: Die marode Wirtschaft

Lüge Nr. 5: Die DDR vor dem Staatsbankrott

Lüge Nr. 6: Alleinschuld der DDR an der Mauer

Lüge Nr. 7: Die DDR eine Erziehungsdiktatur

Lüge Nr. 8: Staatsdoping – Ursache des Sportwunders DDR

Lüge Nr. 9: Die friedliche Revolution

Lüge Nr. 10: Die undankbaren ehemaligen DDR-Bürger

All dies entlarvt das breite Spektrum jener bewussten politischen Lügen, die nach wie vor von den Herrschenden und ihren Sprachrohren gezielt benutzt werden, um gelebtes DDR-Leben nicht nur zu beschimpfen, sondern auch zu kriminalisieren und gleichzeitig für die vorhandene Situation verantwortlich zu machen. Man muss kein Wahrsager sein, um zu unterstellen, dass dies eine neuerliche Steigerung im kommenden Jahr erfahren wird, wenn 60 Jahre DDR/BRD, einschließlich 20 Jahre Annexion, zusammenfallen werden mit der Bundestagswahl und der für's Europaparlament. Der so genannte „Ruf aus Leipzig“ (siehe www.havemanngesellschaft.de/rufleipzig.pdf) vermitteln schon jetzt eine Ahnung, was uns diesbezüglich erwarten wird. Die Verknüpfung all dieser Ereignisse werden gleichsam als Katalysator wirken und eine „neue Qualität“ erreichen. Dies,

um insbesondere davon abzulenken, was in dieser seit 1989/90 größer gewordenen BRD auf der politischen und wirtschaftlichen Tagesordnung steht. Was sich zum Beispiel im aktuellen Papier (vom 6. Mai 2008) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgendermaßen liest: „Die Verfolgung unserer Interessen und strategischen Ziele erfordert ein aktives, frühzeitiges, rasches, kohärentes [d.h. zusammenhängend, einen Sinn ergebend] und wenn nötig robustes Handeln. [...] Die Bundeswehr muss auch kurzfristig und ohne Beschluss des Parlaments eingesetzt werden können.“

Die damit verbundenen Zielstellungen aufzuzeigen, sind wir als FDJ – der letzten aus der DDR verbliebenen Massenorganisation – in die Pflicht genommen. (Wozu dieses Büchlein jede Menge vielgestaltige Argumente liefert.) Zudem zeichnet sich das Büchlein durch seine Lesbarkeit aus und zeigt auch die entsprechenden Originalquellen auf.

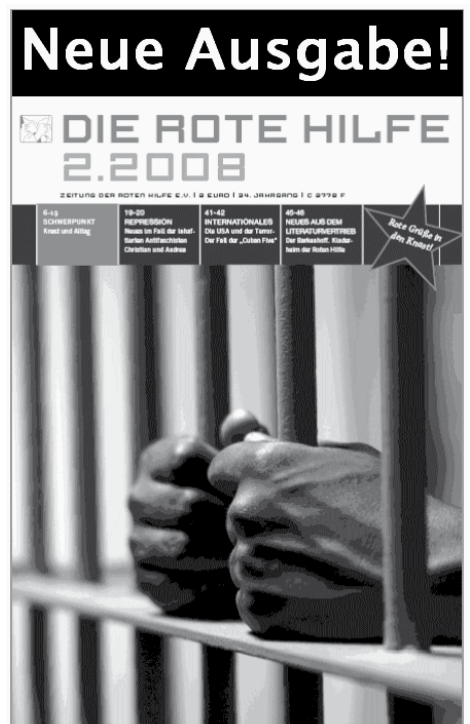
Nur ein Beispiel (S.52ff)

Leseprobe: „Vor dem Anschluss der DDR an den westdeutschen Schuldenstaat lag sie [die Verschuldung pro Kopf] im Osten bei 5.298 DM und im Westen bei 16.586 DM. Danach betrug sie für alle Deutschen vom Rhein bis an die Oder, vom Säugling bis zum Greis 12.841 Mark. Statistisch gesehen übernahmen die neuen Bundesbürger pro Kopf 7.543 Mark der BRD-Schulden. Auch in dieser Beziehung erwies sich das an die DDR-Bürger gezahlte 100-Mark-Begrüßungsgeld als eine vorteilhafte Investition. Gegenwärtig zeigt die bundesdeutsche Schuldenuhr eine Pro-Kopf-Verschuldung von über 18.000,- Euro an, nahezu das Siebenfache der DDR-Summe.“

Aber bei alledem ist es heutzutage nicht mehr ausreichend, die Errungenschaften der DDR aufzuzeigen. Wenn man heutzutage die DDR – diesen ge-

lebten Versuch einer gesellschaftlichen Alternative – verteidigt, darf man über das momentan Ablaufende nicht schweigen. Denn nur in der Verknüpfung von solcher Art Sachkenntnis über den offensiven Umgang damit, über die Aufklärung zu den gegenwärtigen Prozessen mit dem Aufzeigen ihrer Zielstellungen ist dieses Büchlein ein unverzichtbares Hilfsmittel. Eine Bereicherung für jeden Büchertisch und das eigene Regal, die man unbedingt gelesen haben sollte.

marina



"Die Rote Hilfe" erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro.

Abonnement:

10 Euro für 4 Ausgaben. Rote Hilfe-Mitglieder erhalten "Die Rote Hilfe" kostenlos.

Bestellungen an:

**Rote Hilfe e.V.
Postfach 3255
37022 Göttingen
www.rote-hilfe.de**

Leserbrief von Ulrich Sander, Sprecher der VVN-BdA Dortmund, an die Westfälische Rundschau zu: WR Lokales, Dortmund, Beschluss in nicht öffentlicher Sitzung zum „Krisenzentrum“ – 5.6.08:

Eine Kommandozentrale in einem „Krisenzentrum“ wird an einem geheimen Ort in Dortmund geschaffen. In ihr sind Bundeswehr und die Polizei integriert. Dazu muss man wissen: Im Rahmen der ZMZ – Zivilmilitärischen Zusammenarbeit – werden der Stadt, den Ämtern und der Feuerwehr in Krisen, zu denen auch innere Unruhen (sprich: Großschadensereignisse und Anti-Terrormaßnahmen) gehören, Kommandos gegeben.

In nichtöffentlicher Sitzung soll der Rat dies am 19. Juni absegnen. Nimmt man noch ältere Meldungen aus der WR und aus den Bundeswehrmedien hinzu, so ergibt sich dieses Bild:

Auf kommunaler Ebene werden überall und auch in Dortmund Bundeswehrreservisten und Feuerwehr sowie Technisches Hilfswerk koordiniert. Wie die Freiwillige Feuerwehr sollen sich die Reservisten als „Ehrenamtliche“ verstehen, die in kürzester Zeit in großer Zahl mobilisiert werden können. In Dortmund leitet ein Oberstleutnant, im Zivilberuf Pfarrer und Klinikseelsorger,

Wir dokumentieren:

Leserbrief von Ulrich Sander an die Westfälische Rundschau

die „ehrenamtliche“ Territorialarmee. Er und seine zwölf Stellvertreter haben schichtweise ständig Alarmbereitschaft und müssen innerhalb von 30 Minuten vom „ehrenamtlichen“ Offizier zum Hauptamtlichen werden.

Die Territorialarmee auf Landesebene ist ständig hauptamtlich besetzt. In Kreisen, Städten und Regierungsbezirken können sie lt. Bundeswehr-WebSite und Bundeswehrzeitschrift „Y“ blitzartig auf Stabelemente aus dem Reservistenkader und auf Reservisten – das sind rund eine Million Soldatinnen und Soldaten – zurückgreifen. Insgesamt können 31 Bezirks- und 426 Kreisverbindungskommandos in Bewegung gesetzt werden, die Stadtverwaltungen, Landräten und Regierungsbezirken „Seite an Seite“ gestellt sind – aber ausschließlich von der Bundeswehr geleitet werden. Die Truppe als innenpolitischer Sicherheitsfaktor!

Und dafür muss die Stadt Dortmund

695.000 Euro bereitstellen: für den Krieg an der Heimatfront.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Kreisvereinigung Dortmund - hat schon gleich nach den ersten Veröffentlichungen der Pläne zur Inneren Militarisierung durch ZMZ und Terrorismusabwehrzentren dagegen Stellung bezogen und auf die geschichtlichen Erfahrungen mit integrierten Polizei-, Geheimdienst- und Heereseinrichtungen (Gestapo, Reichswehr, Schwarze Reichswehr, Freikorps etc.) hingewiesen. Die Tatsache, dass die Pläne für Notstands- und Krisenmaßnahmen und -einrichtungen derart geheim vorangetrieben werden und schon heimlich Fakten geschaffen wurden – siehe der Bundeswehreinsatz in Heiligendamm vor einem Jahr -, müssen uns auf höchste alarmieren. Was sagen die Gewerkschaften dazu?

Ulrich Sander,

Sprecher der VVN-BdA, Dortmund

Gegen den Heimatschutz: Frankfurt am Main

Unsere Vorarbeiten zum Jugendaktionstag bestanden aus der Verteilung des zentralen Flugblattes an 4 Berufsschulen und 3 Schulen.

Am 31.5. zogen wir mit Trommeln, ein Genosse als Militarist verkleidet, zu drei verschiedenen Plätzen. Dabei unterstützten uns erwachsene Genossen beim Verteilen, was eine große Hilfe war.

Die meiste Aufmerksamkeit hatten wir, als der reaktionäre Bundeswehrler spielte, und wir Jugendlichen ihn dann wegtrommelten und ihm das Mikro empört entrissen, um den Passanten und vor allem der Jugend zu sagen, was wir von so etwas halten. Die Rede bestand dann aus dem ersten Teil des Flugblattes („Stellt Euch vor ...“) und der Ankündigung, dass dieser Aktionstag nicht allein in Frankfurt a. M. stattfindet und welche Vorgeschichte er hat. Weiterhin enthielt es einen Aufruf sich zu informieren und anzuschließen. Insgesamt verteilten wir am Aktionstag nochmal 1.200 Flugblätter. Wir hatten einen Büchertisch und eine

Ausstellung zum Heimatschutz dabei.

Waren die Reaktionen anfangs kaum vorhanden (Leute blieben selten stehen) oder bezogen sich auf unsere störende Lautstärke beim Zeit- und Geldvertrödeln, so waren sie bei der Demo der AK Vorratsdatenspeicherung „Freiheit statt Angst“ größer, weil wir dort die einzigen waren, die überhaupt mit Flugblatt da waren und dort mit der Schilderreihe gegen den Heimatschutz (bekannt vom Heimatschutzposter FFM) auftraten. Dort verteilten wir ca. 300 Flugblätter. So ergaben sich Gespräche und Aufklärung über den Heimatschutz, soweit, dass man über weitere Aktionen informiert werden wollte. Am dritten Ort, einer engen Einkaufsstraße, konnten wir auch nochmal für Aufmerksamkeit sorgen und es gab

Interesse an weiteren Informationen.

Dazu muss man sagen, dass unter den Interessierten KEIN Jugendlicher war und auch am letzten Ort nur eine Reaktion eines Jugendlichen auf unsere Rede zu verzeichnen war: Pro-Bundeswehreinsätze bzw. keine Kenntnis der Befugnisse der Bundeswehr laut Grundgesetz.

Wir denken, dass eine gute Agitproparbeit auf der Straße viel leisten kann und wir dies auch mit Beginn des nächsten Schuljahres im August hier verstärkt machen wollen, damit sich Jugendliche erst einmal mit dem Heimatschutz und Fragen des Notstandes beschäftigen. Weiterhin steht die Bündnisarbeit in Organisationen und Gewerkschaften im Vordergrund, die aufgrund der Kräfte nicht verfolgt werden konnte.

Sandy

31.05.2008. Die FDJ unterstützt:

Aktionstag gegen den Heimatschutz vom Jugendaktionsausschuss gegen den Notstand der Republik

Aktionstag in Gotha gegen den Heimatschutz am 31.05.2008

Bereits am Montag, den 26.05.2008, erreichte die lokale Presse die folgende Pressemitteilung:

Einladung zur festlichen Einweihung des Gothaer Kreiverbindungskommandos der Bundeswehr

Sehr geehrte Damen und Herren, im Sommer 2007 wurde auch in Gotha ein Kreisverbindungskommando der Bundeswehr eingerichtet, was die Zivil-Militärische-Zusammenarbeit (ZMZ) flächendeckend absichern soll. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für den optimalen Einsatz von Truppteilen und Dienststellen der Bundeswehr zur Unterstützung ziviler Behörden im Rahmen der Bewältigung von Naturkatastrophen, asymmetrischen Bedrohungen und besonders schweren Unglücksfällen. Beauftragte der Bundeswehr für Zivil-Militärische Zusammenarbeit (BeaBwZMZ) unterstützen als Reservisten den zivilen Krisenstab der Landkreise und nehmen kommunikative Aufgaben gegenüber der zivilen Stellen und Behörden wahr. Die Einrichtung dieser Schnittstelle von Bundeswehr, zivilen Organisationen und Verwaltungen ist ein wichtiger Schritt zum Schutz der Bevölkerung im neuen und einzigartigen Konzept für die Sicherung unserer Heimat durch die Bundeswehr im Inland. Die feierliche Einweihung des Büros im Landratsamt und Enthüllung der Ehrentafel findet am 31.05.2008 um 14 Uhr am Landratsamt Gotha (18.März-Straße 50) statt. Mit freundlichen Grüßen
i.A.

Ihr Beauftragter für Aufklärung über Zivil-Militärische-Zusammenarbeit

In der „Klarsicht“ (örtliche LINKE-Zeitung) wurde dafür geworben, sich zur Demonstration am 31.05.2008 um 14 Uhr auf dem Gothaer Neumarkt zu versammeln. Die YoungSocialists erstellten zusätzlich zum zentralen Flugblatt ein kleines Flugblatt.

Der Samstag (31.05.2008) verlief so: um 14 Uhr trafen sich 12-20 Menschen auf dem Neumarkt. Nach einer straffen Eröffnung demonstrierten sie mit einem Transparent „Militarisierung ist die Losung! Doch wo bleibt die Lösung“ Richtung Landratsamt (wo das KVK Gotha sitzt). Dort standen bereits ein Rednerpult, ein Mikrofon, ein verhülltes Schild (nach dem Regensburger Vorbild) auf einem Holzgestell und zwei unserer (!) Beauftragten für Aufklärung über zivil-militärische Zusammenarbeit bereit. Diese Beiden weiheten das KVK ein und enthüllten das Schild mit folgender Rede:

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine außerordentliche Ehre, als Ihr Beauftragter für Aufklärung über zivil-militärische Zusammenarbeit der Bundeswehr, also kurz BfAüZmZdB, mit Ihnen heute die Eröffnung des Heimatschutzzentrums der Region Gotha und Umgebung zu feiern.

Mit der Schaffung des Kreisverbindungskommandos im Sommer 2007 haben wir nun die einmalige Möglichkeit, im Falle einer akuten Bedrohungslage, wie beispielsweise eines Tsunamis - wie er hier in der Region häufiger vorkommt - schnell zu reagieren und THW, DRK, Johanniter, Malteser und sogar die Stadtverwaltung zu koordinieren.

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen um dem Landratsamt Gotha für die uns zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten zu danken.

Nur der alte Nasstaubsauger muss langsam raus – hat euch denn keiner über unser Kommen in Kenntnis gesetzt? Was, nicht? Na ja, sei's drum! Endlich muss man im Katastrophenfall nicht mehr auf die dilettantische Koordinierung der Institutionen vertrauen, die extra dafür eingerichtet wurden.

Wir vom Militär können das doch viel besser. Doch der Heimatschutz ist nicht nur bei Naturkatastrophen hilfreich. Oh nein, bei weitem nicht!

Der heutige Tag ist ein großer Moment für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Ein großer Moment für die Demokratie.

Endlich ist es uns möglich unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gegenüber jenen verfassungsfeindlichen, störenden Elementen, welche diese sonst gefährden würden, zu verteidigen.

Endlich ist es uns möglich, den Frieden auch innerhalb Deutschlands, wenn nötig mit Gewalt, zu sichern. Dies sehen wir als unsere Aufgabe, und wir nehmen diese gewissenhaft wahr. Vorbei ist die Zeit, da unverantwortliche Störelemente wie Gewerkschaften und Linksextremisten die Bevölkerung bedrohten. Vorbei ist die Zeit, da islamistische Terrorführer zuhauf in unser Land





strömten – denn sind wir doch mal ehrlich: die sind doch alle Terroristen! Vorbei ist vor allem die Zeit, da Streiks und Demonstrationen unsere Verfassung angriffen. Diese Unruhestifter sind die Mörder unserer Demokratie, ja unserer Freiheit! Berufen sich auf die Verfassung! – ha, lächerlich! Im Zweifelsfall setzen wir das Ding einfach außer Kraft! – für die Demokratie, versteht sich! Wie? Sie denken, das geht nicht? Hehe! 26 Artikel haben wir 2006 verändert! Zack, Zack, Zack! Das ging wie geschnitten Brot! Vorbei die Zeiten, da man aufrührerische Pamphlete auf seinem Computer speichern konnte. Vorbei die Zeiten, in denen man per Telefon die Revolution planen konnte. Und gottlob endlich vorbei die Zeit, da man diese Gefahrelemente mit dem Samthandschuh anfassen musste! Vorbei die Zeiten der Wasserwerfer und der De-

eskalation! – Vorbei die Zeit der niedlichen Polizisten in ihren grünen Uniformen: DUMMDUMMGESCHOSSE sind die Zukunft!

Wir werden unerbittlich gegen jede Form von Volksaktionen, die sich gegen die Aktionen unserer grundsatzdemokratischen Politiker richten, vorgehen!

Und wir werden so lange und mit so einer Härte dagegen vorgehen, dass sich nie wieder jemand wagen wird, gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung vorzugehen! ... (räuspern) Entschuldigung, da hab ich mich gerade wohl ein wenig hinreißen lassen. Ich bitte sie mir diesen kurzen Disziplinverlust zu verzeihen. Aber mir kommt einfach die Galle hoch, bei diesen ganzen außerparlamentarischen Bedrohungen.

Immer diese Linksextremisten: Löhne, von denen man leben kann und Sozialabgaben, die es ebenfalls ermöglichen. Kostenlose Bildung und ein gebührenfreies Studium? Und wer bitte denkt dabei an uns? Ha? Wo sollen wir denn bitte unsere Rekruten herbekommen, wenn auf einmal alle Menschen genug zu essen haben und gebildet sind?

Wer soll sich denn bitte verheizen lassen, wenn er nicht Geld braucht und kostenlos studieren kann? Kann mir das mal einer sagen? Warum zur Hölle denkt denn keiner an uns?

Ich meine, wir sind ja quasi seit weit über 100 Jahren ein wichtiger Pfeiler des deutschen Staates. Wir sichern die Demokratie, sei es am Hindukusch oder in Heiligendamm. Wir sind unverzichtbar und ein sehr, sehr traditionsreicher Verein – und keiner denkt an uns! Doch damit ist jetzt Schluss! Jede Form der asymmetrischen Bedrohung kann künftig von uns „zerstreut“ werden.

(Richtet den Blick auf eine Dame im Publikum) ... Sie, gute Frau, sehen mir auch verdammt asymmetrisch aus! Ich behalte sie im Auge!

Nun denn, ich hoffe, dass sie jetzt begreifen, wie unverzichtbar der Heimatschutz ist, um Deutschland vor Demonstrationen, Streiks, Linken, Islamisten und all dem anderen Gesocks zu schützen.

Somit freue ich mich, den Heimatschutz hier in Gotha einzuweihen – das war längst überfällig!

Heute ist ein großer Tag für die Demokratie!

Danach setzte sich die kleine Demo wieder in Bewegung in Richtung Innenstadt, wo ein Auto-Sommer-Fest stattfand. Am Rathaus angekommen, wurde eine inhaltliche Rede zum Abschluss gehalten. Nach wenigen Minuten entrollte sich vom Geländer am Rathaustrum ein Transparent mit der Aufschrift „Bundeswehr raus aus den Regierungen“, was bei der Polizei für Aufregung sorgte und nach 3 Stunden entfernt wurde, nachdem der Hausmeister aus seinem Wochenende geholt wurde.

Gegen den Heimatschutz in Leipzig und Dresden

Wir hatten das gesamte Wochenende 31. Mai und 1. Juni genutzt. Zugegeben, das Wichtigste, was in Leipzig gelaufen ist, war im Vorfeld: Die Erstellung der Ausstellung (die sich dann auf dem Leipziger Augustusplatz an einem Vorab-Infostand und am Dresdner Aktionstag bewährte) und Flug-Verteilungen vorher.

Aufgrund eines bundesweiten Posaunenfestes war am Leipziger Aktionstag nur eine sehr eingeschränkte Flug-Verteilung machbar. Fortsetzung ist gerade deshalb hier in Leipzig unverzichtbar. Insbesondere auch deshalb, weil das Militärdrehkreuz Flughafen Schkeuditz der sichtbare Beweis sowohl für die zunehmende Militarisierung dieser seit 1989 größer gewordenen BRD ist, als auch für die zivil-militärische Zusammenarbeit hierzulande.

Am Folgetag hatten in Dresden die dortigen Verbündeten das Ganze als Mahnwache angemeldet und machten es so auch zu ihrer eigenen Sache.

Man kann diese Mahnwache ohne Übertreibung auch als gelebte Aktions-einheit bezeichnen, was sich am Spektrum der teilnehmenden Aktivisten ablesen lässt: Revolutionärer Freundschaftsbund (RFB), lokale Dresdner Aktivisten, KPD+KPD/B-Genossen und FDJ-Sachsen + Thüringen.

Ausstellung und Info-Tisch waren unübersehbarer Blickfang und der Standort sorgte für beständige Aufmerksamkeit der Passanten. Die Ausstellung verfehlte ihre Wirkung im Übrigen auch nicht auf die Anmelder, und ich war sehr angetan von der einfachen wie genialen Prä-

sentation mit Hilfe von Bockleiter, Draht und Teleskopstange.

Die beim Flugblattübergeben stattgefundenen Gespräche und Diskussionen waren größtenteils sehr lang und intensiv. Schwerpunkte waren u.a. unsere Einschätzung der aktuell-politischen Situation, warum wir von einem doppelten Notstand der Republik in der annektierten DDR reden, wie das Verhältnis der größer gewordenen BRD zur USA aussieht und unsere Meinung zum Irak/Afghanistan-Krieg.

Neben der zwingend notwendigen Aufklärungsarbeit leistete dieser Tag noch etwas ebenso Wichtiges: Nämlich die Ermutigung, öfter solche Art Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Denn dass das Ganze keine Eintagsfliege bleiben darf, darüber waren sich alle Beteiligten an beiden Orten einig. Heutzutage ein absolutes Muss. In diesem Sinne: auf ein Neues!

marina

Gegen den Heimatschutz in Bremen

Bremen. Innenstadt. Die Sonne scheint.

Auf dem Marktplatz tummeln sich einige Gestalten mit Schildern, auf denen Dinge drauf stehen wie "Auflösung aller Heimatschutzverbände!", „Nie

wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! – Gegen den Notstand der Republik!“ und vielem mehr.

Es ist der 31.05.2008 – der Jugendaktionstag gegen den Heimatschutz und auch in Bremen gibt es Aktion.

Eine Picketline, vorne weg laufen drei Gestalten mit Bundeswehr-Stahlhelmen auf dem Kopf und einem Schild in der Hand: „Ich stehe unter dem Kommando der Bundeswehr“.

Sie stellen die Hilfsorganisationen wie THW, DRK und viele andere dar. Zwei Arbeiter beobachteten uns von einem Gerüst aus. Als der eine erkannte, wer oder was vorne weg marschierte, blieb er ganz trocken. „Krieg“ sagte er. Dann drehte er sich kopfschüttelnd um und wurde lauter: „Die Spinnen doch!“.

Drei Stunden liefen wir mit diesem Zug durch die Innenstadt und informierten durch Kurzreden über die CDU/CSU Sicherheitsstrategie für Deutschland, den Heimatschutz und den Bundeswehreinsatz im Inneren.

Viele Menschen wussten über all diese Themen gar nichts und waren sehr interessiert, manche dankten uns sogar dafür, dass wir diesen Kampf führen.

Einige haben sich bei uns mit einer Spende bedankt, so dass fast hundert Euro zusammen gekommen sind.

Katrin und Marlene



Picketline gegen den Heimatschutz in Bremen

The European Reform Treaty is dead! Der europäische Reformvertrag ist tot!

„Letzten Donnerstag, den 13. Juni 2008, schrieb das irische Volk – wieder einmal – Geschichte. Durch seine klare Ablehnung des EU-Reformvertrags im Referendum zeigten die Jugend und das irische Volk ihren Willen, ein Land des Friedens, der Souveränität und der sozialen Rechte aufzubauen. Dieser Sieg ist ein wichtiger Meilenstein und ein klares Signal an die EU-Führer, dass die Jugend und die Menschen weder in Irland noch in den anderen Ländern, weder in ihrer Gegenwart noch Zukunft Krieg und Ausbeutung wollen.“ – so die Stellungnahme des Weltbundes der Demokratischen Jugend zum Ausgang des irischen Referendums über den sogenannten Vertrag von Lissabon.

Und das Wehgeschrei der deutschen Bourgeoisie und ihrer Schreiberlinge gibt den Iren recht:

„Irisches Nein stürzt Europa in die Krise“ (Süddeutsche Zeitung, 13.06.2008), „Das ist der Gau für die Europäische Union“ (Abendzeitung, 13.06.).

Beim Berliner Verlag sorgte man sich: „Ist Europa noch zu retten?“ (Berliner Kurier, 15.06.) und Springers Schreiber tun, wofür sie bezahlt werden: Sie hetzen gegen die Iren – „Und jetzt schießt Irland quer!“ (Bild, 13.06.). „Ganz Europa fragt: Sind die IREN völlig IRRE?“ (Bild, 14.06.).

Die so gebildete Volksseele braucht dann auch nicht lange bis zum Siedepunkt: „Jetzt reicht’s aber. Wegen der schlechten Vorbereitung des Referendums durch die irische Regierung wollen rund 700.000 maulende Iren 500 Millionen Europäer vorführen. [...] Wer nicht mitmachen will, soll draußen bleiben.“ (Leserbrief in einer Berliner Boulevardzeitung).

Die unvermeidliche Neiddebatte ließ dann auch nicht lange auf sich warten: „Irland, einst ein Armenhaus in Europa, gehört zu größten Profiteuren der EU-Mitgliedschaft, die dem Land noch immer Milliarden von Euro aus den Brüsseler Subventionstöpfen beschert. Die Iren hatten bereits 2001 den Vertrag von Nizza abgelehnt, der nach ihrer Zustimmung im zweiten Anlauf nun weiter die gültige Rechtsgrundlage für die EU ist.“ (tz, 13.06.08)



Der deutsche Imperialismus kämpft auch nach 1990 für eine Europaarmee – unter deutscher Führung

Aber in Zeiten der Sorge um die Demokratie kann man sich immer auf den deutschen Imperialismus und seine Erfüllungsgehilfen verlassen: „EU in schwerer Krise – Merkel kämpft um Europa“ (Bild, 19.06.). Und sie haben auch gleich ganz demokratische Vorschläge parat, um den Iren den Weg zur demokratischen Erleuchtung zu wei-

sen: „CDU-Politiker für zweites EU-Referendum in Irland“ (Abendzeitung, 12.06. – bereits am Tag vor der Abstimmung!). „Der außenpolitische Sprecher der CSU im Europäischen Parlament, Bernd Posselt, fordert eine ‚Neugründung der EU‘ für den Fall, dass der Reformvertrag endgültig scheitern sollte. Seine Wunschmitglieder: Deutschland,

Frankreich und ‚einige Kernstaaten‘.“ (Welt online, 13.06.)

Und auch die deutsche Sozialdemokratie hält nicht hinterm Baum ihre Verachtung für die Haltung der Iren: „Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) legt den Iren nahe, sich ‚für eine Zeit lang‘ aus der europäischen Integration auszuklinken.“ (Berliner Zeitung, 16.06.) und „auch Sozialisten-Fraktionschef Martin Schulz (SPD) kann sich ‚unter Umständen eine Umgründung‘ vorstellen.“ (Welt online, 13.06.)

So einfach ist das mit der Demokratie: Unzufrieden mit dem Wahlergebnis? Einfach wählen, bis es passt oder raus. Soviel zum Demokratieverständnis der deutschen Regierung.

Aber sie sind ja auch zu Recht frustriert, die deutschen Musterdemokraten. Was haben sie nicht alles versucht, um ihren militaristischen Würgegriff an die Länder Europas anzusetzen – nach dem Vertrag für eine EU-Verfassung 2004 (gescheitert nach Referenden in Frankreich und den Niederlanden) folgte 2007 der plumpe Versuch, mit allerlei Chauvinismus und Geheimdiplomatie durch die „Berliner Erklärung“ eine Zustimmung zu einem verbindlich-unverbindlichen

Verfassungsvertrag durch die Seitentür einzutreiben. Nachdem auch das nicht funktioniert hat, wurde Ende 2007 der Vertrag von Lissabon ins Rennen geschickt. Die Unterschiede zum von den Menschen in Frankreich und den Niederlanden – zu Recht – abgelehnten „Verfassungsvertrag“ von 2004 sind mit der Lupe zu suchen (s.Kasten).

Aber wozu all der Aufwand? Warum werden wir immer wieder auf allen Kanälen mit Jubelkampagnen für diese EU-Verträge belästigt? Und warum misst die deutsche Bourgeoisie dem Thema soviel Bedeutung bei? – Da sich die deutschen Imperialisten derzeit noch kaum militärisch gegen ihre Hauptkonkurrenten, die USA, China und Russland durchsetzen, brauchen sie dafür (Schützen-)Hilfe. Und dazu ist für sie eine möglichst „handlungsfähige EU“ (Merkel) notwendig, die eine „einheitliche Position der EU in der Frage über Krieg und Frieden“ (Bertelsmann-Stiftung) vertritt und dabei das „Einstimmigkeitsprinzip endlich auf das Notwendige eingeschränkt“ wird (Regierungserklärung von 12/2007).

Die derzeitige Verfasstheit der EU taugt zwar prima, ökonomische Spielräume

zu erweitern und Arbeiterrechte gleich über Grenzen hinweg auszuhebeln, aber es geht ihnen um mehr: „Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik [lies: Militärpolitik] ist für die EU-Mitgliedsstaaten das Instrument nationaler [lies: deutscher] Interessenwahrnehmung im Zeitalter der Globalisierung [lies: Zeitalter verschärfter imperialistischer Widersprüche] geworden. So war die Befriedung [lies: Bombardierung] des Balkans ein langfristiges Ziel deutscher Außen- [lies: Hegemonial-] politik, das sich erst im europäischen Rahmen erreichen ließ.“

Und das ist der zentrale Kritikpunkt, den wir FDJ-ler mit den Genossen der irischen „Connolly Youth Movement“ teilen: Die massive Militarisierung der EU mittels des so genannten Reformvertrags. (Siehe dazu auch deren Stellungnahme.)

Das Ergebnis der Volksabstimmung ergab eine eindeutige Ablehnung von 53,4 Prozent. Für den Vertrag stimmten 46,6 Prozent, die Wahlbeteiligung lag bei 53,1%.

Das Ratifizierungsverfahren hingegen geht erstmal weiter. Jeder EU-Staat hat eigene gesetzliche Vorgaben, wie Verträge wie der

von Lissabon vor nationalem Recht zu bestätigen sind. Irland ist das einzige Land der EU, das dazu ein Referendum vorgesehen hat. In den 26 anderen Staaten wird der Vertrag vom Parlament ratifiziert. Zuletzt hat Italien Ende Juli als 24. Staat dem Vertrag von Lissabon zu gestimmt. Es steht noch die Zustimmung Schwedens und Tschechiens aus.



Die deutschen Medien machen kein Geheimnis daraus, was sie von Irland erwarten: „Dublin darf bis Oktober nach einem Ausweg aus der Krise suchen.“ (tagesschau online).

„Der Weltbund der Demokratischen Jugend lehnt jegliche Versuche strikt ab, das irische Ergebnis zu überwinden und den Vertragsprozess fortzusetzen.

Der Weltbund der demokratischen Jugend ruft alle seine Mitglieder, befreundete Organisationen und die gesamte Jugend der EU-Länder auf, sich stark zu machen und durchzusetzen, dass – wie im irischen Referendum – der EU-Reformvertrag für null und nichtig erklärt wird.“

Gehn wir's an, Genossen.

Ed+Ray, FDJ München

- www.sueddeutsche.de/ausland/artikel/714/180161/
- www.abendzeitung.de/nachrichten/aussenpolitik/33670
- www.berlinonline.de/berliner-kurier/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0615/politikenachrichten/0013/index.html
- www.bild.de/BILD/news/politik/2008/06/13/irland-stimmt/ueber-eu-reform-ab.html
- www.bild.de/BILD/news/politik/2008/06/14/iren-stoppen-europaer/ist-die-eu-jetzt-amende.html
- www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0621/leserbriefe/0138/index.html
- www.tz-online.de/de/aktuelles/welt/artikel_41047.html
- www.bild.de/BILD/news/politik/2008/06/19/merkel-gegen-europa/der-zwei-geschwindigkeiten.html
- www.abendzeitung.de/az-aktuell/33341
- www.welt.de/politik/article2101775/Bruessels_schlimmster_Altraum_wurde_wahr.html
- www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0616/tagesthema/0021/index.html
- www.welt.de/politik/article2101775/Bruessels_schlimmster_Altraum_wurde_wahr.html
- www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2007/0324/seite1/0051/index.html
- www.tagesschau.de/ausland/eugipfel6.html
- www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0A00F0A-3B21A55B/bst_engl/Spotlight_02-03_de.pdf
- www.bundesregierung.de/nn_1502/Content/DE/Regierungserklaerung/2007/2007-12-12-regierungserklaerung-merkel.html
- <http://www.europa-wird-50.de/index.php?id=93> (http://www.europa-wird-50.de/index.php?id=93 (- Eine Webseite der Bundesregierung)
- www.irishtimes.com/newspaper/breaking/2008/0613/breaking1.htm
- www.tagesschau.de/ausland/eureform6.html

Zur derzeitigen und künftigen Verfasstheit der EU

Den rechtlichen Rahmen für Strukturen und Entscheidungsfindung bildet derzeit einerseits der EG-Vertrag von 1958 sowie der Vertrag von Maastrich (EU-Vertrag) von 1992 (mit zwei Erweiterungen: Vertrag von Amsterdam 1997 und Vertrag von Nizza 2001).

Der 2004 am Sieg der französischen Vertragsgegner gescheiterte Vertrag über eine Verfassung für Europa (sog. EU-Verfassung) sollte die beiden Verträge ablösen und die EU straffer organisieren.

Der Vertrag von Lissabon stimmt inhaltlich zu über 90% mit dem Vertrag für eine Europäische Verfassung überein. Neben einigen strukturellen Änderungen finden sich aber auch Neuerungen im Bereich der durch die sogenannte EU-Verfassung ohnehin massiv forcierten Militarisierung. Die Militärpolitik auf EU-Ebene ist derzeit im Vertrag von Maastrich geregelt. Er legitimiert Kooperation der Nationalstaaten in der, wie es die Bourgeoisie nennt, „Außen- und Sicherheitspolitik“, schreibt dafür aber das Einstimmigkeitsprinzip im Europäischen Rat, dem Gremium der Staats- und Regierungschefs, fest. Dieses Einstimmigkeitsprinzip ist den Berliner Politikern schon lange eine unerwünschte Last, weshalb der Vertrag von Lissabon um einige Neuerungen ergänzt wurde.

Der bisher gültige EU-Vertrag sieht im Artikel 23 vor, dass ein einstimmiger Beschluss des Rat der Europäischen Union durch Stimmenthaltung abgelehnt werden kann. Enthält sich mindestens ein Drittel der Mitgliedstaaten, die mindestens ein Drittel der Bevölkerung repräsentieren, wird der Beschluss nicht erlassen. Hierzu wurden einige Ausnahmen eingefügt. So hätte der Rat der Europäischen Union ab 2014 die Kompetenz, mit qualifizierter Mehrheit (55 % der Mitgliedstaaten und 65 % der EU-Bevölkerung) zur „Festlegung einer Aktion“ (lies: Militäraktion), die der „Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik“ dem Rat vorschlägt, abzustimmen. Dieser Hohe Vertreter soll dann zwei Ämter in einem innehaben: Das des bisher so genannten „Hohen Repräsentanten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ sowie gleichzeitig das des Außenkommissars.

Die ebenfalls im Vertrag von Lissabon vorgesehene Passerelle-Klausel ermöglicht es dann dem Rat für bestimmte Bereiche einstimmig zu beschließen, dass er selbst für diese Bereiche nicht mehr einstimmig zu beschließen braucht. Praktisch, dass da auch gleich das Vetorecht der nationalen Parlamente bei diesen Entscheidungen abgeschafft werden soll.

Auch reicht, wenn es nach Artikel 44 des Vertrag von Lissabon gehen soll, zukünftig eine einfache Mehrheit des Europäischen Rates zur Übertragung der Kompetenz zur Durchführung einer militärischen Mission an eine Gruppe von Mitgliedsstaaten.

Quellen:

- „Textausgabe der konsolidierten Fassung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie der dazugehörigen Protokolle und Anhänge mit den Änderungen aufgrund des am 13. Dezember 2007 in Lissabon unterzeichneten Vertrags von Lissabon.“, eur-lex.europa.eu
- Übersicht „Wesentliche Änderungen im Bereich der EU-Kompetenzen durch den Reformvertrag“, Centrum für Europäische Politik www.cep.eu

Über den Kampf gegen den EU-Reformvertrag

Am 12. Juni sind 1.621.037 irische Bürger herausgetreten um über den Vertrag von Lissabon abzustimmen - jene umbenannte EU-Verfassung, die vor kurzem von den Menschen in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde.

Von diesen 1.621.037 stimmte eine Mehrheit von 53,4% mit Nein zum Vertrag. 34 von 43 Stimm- und Wahlbezirken verzeichneten Siege der Vertragsgegner.

Irland, das einzige Land, in dem der Vertrag den Bürgern zur Entscheidung vorgelegt werden musste, hat für's Erste den Prozess der imperialistischen Vereinnahmung durch die Europäische Union angehalten. Wie es weiter geht für die europäischen Eliten, ist eine andere Frage, aber das Ergebnis stellt sicher einen Rückschlag für ihre Pläne dar und einen großen Sieg für alle Antiimperialisten, für die Jugend und die Arbeiter Europas.

Es wurde vieles gesagt, warum nun die irischen Bürger mit Nein gestimmt haben und vieles mehr wird noch gesagt werden. Die bürgerlichen Medien werden die Nein-Stimme als engstirnig, fremdenfeindlich und chauvinistisches Getrommel von rechten Angstmachern in der NEIN-Kampagne darstellen. Die Realität jedenfalls ist ganz anders. Die große Mehrheit der Nein-Kampagne, jene, die auf den Straßen und an den Haustüren mit den Wählern gesprochen haben, waren antiimperialistische Demokraten, die die wahren Verstrickungen verstanden haben, zu denen dieser Vertrag die Demokratie in Europa bringen würde. Der Grund, warum die irischen Bürger mit Nein gestimmt haben war, weil die Realitäten einer undemokratischen, zentralisierten, reaktionären europäischen Union um uns herum sichtbar sind.

Die arrogante Art und Weise, in welcher dieser Vertrag und seine Vorläufer uns aufgedrängt wurde, fand Ausdruck durch viele NEIN-Wähler, die sagten „Wir werden uns nicht dazu drangsalie-

ren lassen, mit JA zu stimmen!“ Der Europäische Gerichtshof, eine Institution, die durch den Lissabonner Vertrag zur Auslegung der hochgelobten Grundrechtscharta autorisiert wurde, wurde in aller Deutlichkeit als Heruntergekommen und auf der Seite des „Big Business“ verortet, unfähig, die Rechte der Arbeiter zu schützen, wie viele Fälle der letzten Zeit zeigten.

Angesichts des ganz klar militaristischen Charakters, enthalten in zahlreichen Artikeln von diesem und vorhergehenden Verträgen der Union, die es ermöglichen sollten, sich auf „friedensschaffende“ Missionen bei steigendem Rüstungsbudget einzulassen und angesichts der vermeintlichen Notwendigkeit zu „Liberalisierung“ (Lies: Privatisierung) unserer öffentlichen Dienste, verstanden die irischen Bürger sehr wohl, über was sie da abstimmten und folgerichtig lehnten sie es ab.

Wir haben alle Arten von „Analysen“ von unserer eigenen sowie von der europäischen Elite gehört, aber der einfache Fakt bleibt, dass die europäische Union, will sie ihre demokratische Fassade behalten, das NEIN des irischen Volkes respektieren muss. Auf der anderen Seite schlagen immer mehr die offensichtliche Verachtung der EU für Demokratie und ihr imperialistischer Charakter durch, wie man an Barrosos jüngsten Kommentaren hören kann.

Junge Sozialisten und Kommunisten müssen vorne stehen im Kampf gegen die Europäische Union und den Kampf für Demokratie und Souveränität. Das sind keine engstirnigen nationalistischen Ziele, sondern kommunistische Hochachtung für Selbstbestimmung und internationalistisches Verfechten der nationalen Befreiung.

Demokratie und die demokratische Auseinandersetzung bleiben immer die Achillesferse des Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase. Als marxistische Sozialisten müssen wir jeden Widerspruch, den der Imperialismus hervorbringt, ausnutzen. Am irischen Ergebnis erkennt man, dass die Demokratie ein starkes Ideal unter den Arbeitern und Jugendlichen bleibt. Wir werden dieses Ideal in Irland weiter stärken und verfechten, ebenso wie wir überzeugt davon sind, dass alle Organisationen des Weltbundes der demokratischen Jugend dies in ihrem Land tun werden.



FREIE DEUTSCHE JUGEND - FDJ
FREE GERMAN YOUTH

WORKING GROUP ON INTERNATIONAL AFFAIRS
INTERNATIONAL@FDJ.DE



An:
Connolly Youth Movement Ireland
Connolly House
43 East Essex Street
Dublin 2

Liebe Genossen,

Der Zentralrat der FDJ beglückwünscht Euch zu Eurer Kampagne „VOTE NO IN THE REFERENDUM“, die ihren Beitrag zum irischen „Nein“ zum so genannten Lissabon-EU-Vertrag geleistet hat.

Dieses „Nein“ ist umso bedeutsamer wenn man sich den Charakter dieses Vertrags bewusst macht. Wir schätzen ihn – ähnlich wie ihr – als einen Angriff auf die Arbeiter Europas und als ein Militärdiktat ein, mit dem die Herrschenden der seit 1990 größer gewordenen BRD den restlichen EU-Ländern ihre Politik aufzwingen.

Wir haben gegen den Versuch, dieses Militärdiktat in Form der EU-Verfassung durchzudrücken, in der BRD und der annektierten DDR die Losung „Deutsch-Europa heißt Krieg“ gesetzt. Leider hatten wir nicht so großen Erfolg wie ihr: Weder wurde in der BRD abgestimmt, noch hat die Bevölkerung diese Frage sonderlich interessiert.

Was der deutsche Imperialismus mit Europa vor hat, wird gerade in der BRD und der annektierten DDR ausprobiert:

Seit der Annexion der DDR wird der Staatsapparat der BRD umgebaut. Der Gewaltenapparat wird zentralisiert, Polizei und Geheimdienste zusammengelegt und das Militär im Inneren gegen die Bevölkerung in Stellung gebracht. Nebenbei werden wesentliche Grundrechte abgeschafft.

Wofür diese Maßnahmen dienen, ist jedem denkenden Menschen klar: „Die Kapitalisten wollen keinen Krieg, sie müssen ihn wollen.“ (Bertolt Brecht)

Aber, wie es im Weltjugendlied heißt, „Uns vereint gleicher Sinn, gleicher Mut“. Euer erfolgreicher Kampf ist für uns, wie für die ganze friedliebende Jugend Ermutigung, bei den Kämpfen nicht nachzulassen. Bei Euch wie bei uns „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“.

Wir werden Euch auch weiterhin im Kampf gegen diese EU unterstützen, indem wir gegen den deutschen Imperialismus kämpfen. Der Kampf gegen die EU muss geführt werden, denn wie Lenin sagte:

„Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Kapitaleports und der Aufteilung der Welt durch die ‘fortgeschrittenen’ und ‘zivilisierten’ Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“

Freundschaft!

Internationale Abteilung des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend

Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER zum 63. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus

„Es waren Arbeiter, die den 8. Mai 1945 gemacht haben. Die einen machten ihn möglichst, Arbeiter in den Sherman-Panzern der US-Truppen, in den Lancaster-Bombern der britischen Royal Air Force, in den Unterschlupfen der französischen Résistance, vor allen anderen in den Divisionen der sowjetischen Armee.

Die anderen machten den 8. Mai 1945 nötig. Es waren deutsche Arbeiter in den Uniformen der Wehrmacht. Beileibe keine Faschisten und lange vor dem 1. September 1939 in diese Uniformen gepreßt, schlugen sie die Weltkriegsschlachten der Siemens, der Quandt, der Aktionäre der IG Farben und der Deutschen Bank. „Seht diese Hüte von Besiegten!“, schrieb Bertolt Brecht unter ein Bild mit deutschen Stahlhelmen im Dreck, „Nicht als man sie vom Kopf uns schlug zuletzt / War unsrer bitteren Niederlage Stund. / Sie war, als wir sie folgsam aufgesetzt.“

Darum geht es, wenn Arbeiter sich und andere an die Befreiung vom Hitlerfaschismus erinnern. Nur darum geht es: Werden wir diese Hüte von Besiegten endlich absetzen? Oder müssen noch einmal und wieder, nach zwei deutschen Weltkriegen, andere Völker, Arbeiter anderer Länder sie uns vom Kopf schlagen? „Erwarte keine andere Antwort als die deine“, sagt Brecht.“ (Flugblatt „Zum 63. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus – Wohin mit dem deutschen Soldaten?“)

Dieses Jahr im Bremen...

In diesem Jahr fand die Veranstaltung „Jedes Jahr sei erinnert an die Befreiung vom Hitlerfaschismus“ am 10. Mai in Bremen statt. Zu sehen waren zwei Krokodile, deren „Sekretärin“ Frau Dr. Angela Merkel und der Geist des toten Soldaten zweier Weltkriege sprachen gemeinsam mit Kollegen von Daimler / Bremen, BMW / Regensburg und MAN-Roland / Frankfurt/Main über vergangene Weltkriege und warnten vor schon wieder drohenden. Außer-

dem wurde von einem jungen Mädchen aus Hamburg das Grußwort von Alexandr S. Silwaschko vorgelesen, einem Rotarmisten, welcher an jenem Zusammentreffen der Armeen der UdSSR und USA der Antihitlerkoalition in Torgau zugegen war.

Doch bleiben wir der zeitlichen Chronologie treu:

Zu Beginn sprach Stephan Eggerdinger ein Paar Worte zur Begrüßung. Nachdem er gegangen war, folgte eine Töneinspielung, welche zu Zeiten des zweiten Weltkrieges täglich um 22 Uhr vom Soldatensender im gerade zerschlagenen Jugoslawien gespielt und bis nach Afrika zu Rommels Truppen ausgestrahlt wurde. Sie wurde ebenso bekannt, wie „Oh Tannenbaum“ im Ersten Weltkrieg und heißt „Lili Marleen“.

In dieses Soldatenlied mischt sich ein zweites, noch viel mächtigeres Lied und übertönt die Marleen schließlich in seiner ganzen Schönheit: „Swjaschtschennaja Woina“ – „Der Heilige Krieg“. Währenddessen wird ein Bildbogen auf die Bühne getragen, auf dem die Rote Fahne auf dem Reichstag weht.

Als das Lied verklingt, treten Marat Jegorow und sein Übersetzer auf die Bühne. Der Veteran spricht über sein Leben, wie er zur Roten Armee kam, und warum nie wieder Krieg geführt werden sollte.

Während sie gehen, folgt ein kleines Mädchen, welches die Grußadresse von Alexandr S. Silwaschko verliest. Silwaschko stellt vor allem eine Frage: „Ist es schon wieder so weit in Deutschland, dass man um sein Leben fürchten muss?“

Am Ende folgt sie den beiden Anderen, während der Bildbogen des Reichstags in die andere Richtung verschwindet.

Jetzt fährt eine Leinwand vor die Bühne und zeigt, auf 15 Minuten zusammengeschnitten, den Film „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER – Ein

Volksmärchen“ über die Aktion 2006.

Während die Leinwand wieder nach oben fährt, kommt ein Mann mit Cowboyhut auf die Bühne. Er trägt ein Schild, auf dem in altdeutscher Schrift „1949“ zu lesen ist. An einer Leine führt er ein kleines, lebendes Tier. Es ist ein ca. 1 ½ m langes Babykrokodil, welches zwischen den Zuschauern verschwindet, und für viel Aufsehen sorgt.

Nun spricht zu uns der Vertreter der 36 Vertrauensleute von Daimler / Bremen, Gerwin Goldstein. Er sagt, dass Daimler „nicht nur Autos baut“, der Konzern steckt schließlich ebenso, und eigentlich noch viel tiefer, im Rüstungsgeschäft: „Im Licht der Öffentlichkeit ist die Daimler AG ein Automobilkonzern. Viele wissen aber nicht, dass das Stuttgarter Unternehmen neben völlig unökonomischen Limousinen auch Rüstungsgüter herstellt. Daimler bestreitet zwar beharrlich, Landminen zu produzieren, doch über die Beteiligungsgesellschaft EADS, die achtgrößte Rüstungsschmiede der Welt, lässt der Konzern Streubombenmunition, Minenverlegssysteme und auch französische Atomraketen bauen. (Daimler-Aktionär, 2006)“.

Als diese Rede endet, werden die Vorhänge wieder geschlossen, eine andere Leinwand auf die Bühne geschoben und zwei Frauen erscheinen. Auf der Leinwand wird ein laufender Text eingeblendet, welcher die Geschichte des Liedes „Lili Marleen“ wiedergibt und erzählt, dass es durch seine Internationalisierung mancherorts ein Lied des Friedens wurde. Die eine Frau nimmt nun Platz auf einem Hocker und beginnt auf ihrem Cello zu zupfen, während die Andere zu singen beginnt. Der Saal ist wieder einmal erfüllt von „Lili Marleen“ – doch diesmal auf Russisch. (interessant an dieser Fassung ist, dass bei der Übersetzung zwei Wörter in der Originalsprache belassen wurden: „Kaserne“ und „Auf Wiedersehen“). Unter dem Applaus der Zuschauer verlassen die beiden die Bühne.

Hier erscheint jetzt ein Redner aus einem anderen Betrieb, ebenso „nur ein Autobauer wie Daimler“. Er kommt aus Regensburg und spricht für die Vertrau-

enskörperleitung von BMW, die 2001 eine Resolution an alle europäischen Metaller unter dem Titel „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ verschickte, mit der Erinnerung, dass dieser Satz nach wie vor die Gänze seiner Gültigkeit während seines Ausspruchs besitzt.

Wieder spielt „Lili Marleen“. Diesmal über die Lautsprecher und in englischer Sprache.

Jetzt rollt, langsam und schwerfällig, ein Panzer auf die Bühne. In der Mitte hält er nach holpriger Fahrt an. Schließlich fährt die Bundeswehr gerade durch Serbien. Nun erscheint in der Ladeklappe die Sekretärin des Krokodils, Frau Dr. Angela Merkel. Sie schaut in den Himmel und erblickt dort, wie sollte es anders sein, Kampffjets. Mit dem Kopf folgt sie den niederprasselnden Bomben, grüßt das Volk und fährt dann mit dem Panzer weiter.

Doch sie hat etwas zurückgelassen. Schließlich muss der neugebombte Frieden ja auch erhalten bleiben! Sie lässt also zurück, was sie gerade mehr als genug hat: junge Soldaten. Als diese das Volk entdecken, reißen sie ihre Maschinengewehre hoch und ziehen sich, auf die Zuschauer zielend, zurück.

Von den Soldaten aufgescheucht, kommt der nächste Redner auf die Bühne: er kommt diesmal aus Frankfurt/Main. Es ist Rainer Herth, der Vertrauenskörperleitungsvorsitzende von MAN-Roland. Auch er erzählt von seinem Betrieb, der zur Zeit des Hitlerfaschismus noch zu Siemens gehörte und auch heute wieder für den Krieg produziert.

In der Mitte seiner Rede bewegt sich der rechte Vorhang der Bühne, und es erscheint ein dickes, fettes Krokodil, welches bis zur Mitte der Bühne vorkriecht und dort verharret.

Zum vierten Mal ertönt „Lili Marleen“. Es ist eine verspielte Fassung, und das Publikum beginnt, mit dem Fuß zu wippen. Bis auf einer Leinwand wieder ein Text erscheint: „gesendet vom Soldatensender Belgrad, täglich um 22 Uhr, bis heute, im Jahre 2008“.

Anschließend kommt die erste Leinwand wieder vor die Bühne. Auf ihr ist das Standbild eines toten Soldaten mit Gasmaske zu sehen. Es ist eben jener, welcher 2006 von den Himmlischen Vier mit unbekanntem Ziel verbracht wurde. Der Geist des Soldaten erscheint neben der Leinwand. Unter unerträglichem Schnaufen durch seinen Rüssel berichtet er von seinem „Leben“: Wie er im Ersten Weltkrieg in Verdun fiel, wieder ausgegraben wurde und wieder starb. Wie er 1938 nach Polen geschickt und am 8. Mai 1945 wieder begraben wurde. Wie er 1989 wieder ausgegraben wurde und seitdem wieder in 27 Ländern der Welt Krieg führt. Er ermahnt die Menschen: „Habt nicht soviel Geduld mit euch selbst, wie ich mit mir! ... damit lasse ich euch allein!“.

Zum letzten Mal erklingt die „Lili Marleen“, diesmal gesungen von Lucy Mannheim, in einer etwas anderen Fassung. Sie ruft den Zuhörern zu: „Hängt den Hitler an die Laterne!“ Vor der Bühne läuft ein anderes Mädchen mit einem Schild „gesendet: BBC 1943“.

Jedes Jahr sei erinnert an die Befreiung vom Hitlerfaschismus!

Katrin und Marlene

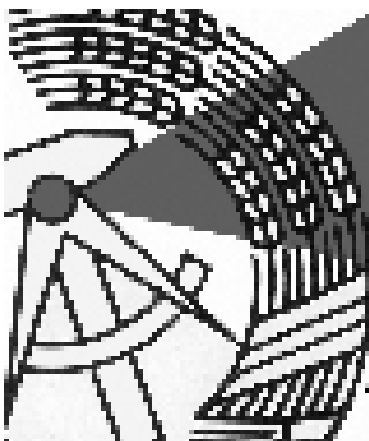
Leserbrief zur DDR-Woche 2007

Liebe Freunde!

Eure Broschüre „Republik am Strand gefunden. Die DDR wird 58“ ist treffend, kurz, umfassend und locker formuliert. Sie liest sich mit Vergnügen. Erlaubt mir aber, auf einige Formulierungen hinzuweisen, die nicht mit den historischen Ereignissen übereinstimmen: die Aussiedlung Deutscher aus Gebieten östlich der Oder war nicht ein Beschluß der Roten Armee, sondern der Potsdamer Konferenz der Alliierten von 1945. „Vertreibung“ stimmt aus mehreren Gründen nicht. In seitdem zu Polen gehörenden ehemals deutschen Gebieten konnten Deutsche wohnen bleiben, wenn sie die polnische Staatsbürgerschaft annahmen. Das haben rund zwei Millionen getan. Die meisten der anderen sind entweder freiwillig oder von den Nazis getrieben vor der Roten Armee geflüchtet. Vertreibung stimmt nur in bezug auf die Deutschen aus der Tschechoslowakei durch das Benesch-Dekret, also auch nicht durch die Rote Armee. Abgesehen von den Verbrechen der deutschen Faschisten gegen die Tschechoslowakei war sie dazu befugt, nachdem sie durch die Potsdamer Beschlüsse ihre Eigenstaatlichkeit zurückerhielt.

Bewerten kann man das natürlich verschieden, das wird auch getan, von den Herrschenden der BRD schon immer und seit 1990 massiv, in übler Weise als antisowjetische Hetze benutzt, hinter der ein gerüttelt Maß an Nationalismus und Chauvinismus steckt. Es lag bestimmt nicht in Eurer Absicht, sich diesen Geschichtslügen anzunähern. Um solches aber offensichtlich zu vermeiden, sind auch historisch authentische Begriffe und Formulierungen notwendig.

Mit freundschaftlichen Grüßen, H.S.



Die von Rechts bestgehobenen Anstellungen Berlins:
 + Wilmanns und von Heide (DDR) 1.7.2006, 10:10, auf dem Gelände der SHIPfabrik
 + Dokumenta Bundesdeutscher Verfallnisse 1.3.000er 10:10, 10:10, 10:10
 + Kundgebung am Tag der Annexion (München) der Deutschen (10:10, 10:10)
 + Straßen-Pyramidenpartei "Die kritische Masse" 10:10, 10:10
 + "Im Oktober DDR-Fahrer statt BRD-Fahrer lassen", T.10, Karl-Marx-Allee
 und andere Angelegenheiten. Mit diesem 1. bis 7. Oktober
 mitten in der Stadt. Anmeldung: Informationen unter:
 030 25000000, 030 25000000, 030 25000000
 030 25000000, 030 25000000, 030 25000000
 030 25000000, 030 25000000, 030 25000000

VERÖFFENTLICHEN, WAS KEINER VERÖFFENTLICHEN SAGEN. WAS KEINER TUN SOLL. VERÖFFENTLICHEN, WAS KEINER TUN SOLL. VERÖFFENTLICHEN, WAS KEINER TUN SOLL.

DDR-WOCHEN 2008!

THANKS – SBASIBO – und MERCI! in Berlin am 8. Mai 2008

Einer kauft Blumen, ein anderer besorgt die Fahnen der Alliierten und alle schreiben was nettes von Herzen für die Befreier auf Glückwunschkarte und legen dies hinter Glas erschwinglicher Bilderrahmen.

Wenn sich dann auch noch vier Zeit nehmen und Willens sind, unter Polizeibegleitung (die Flaggen der Alliierten in Verbindung mit Blumenstrauß sind Bedrohungspotential – immer noch, schon wieder) auffällig absichtlich auffällig auf der Route Paris – New York – Moskau – London die Botschaften am Pariser Platz abzutiteln, um jeweils eine kleine Danksagung anzubringen und sich über ein nettes Thank You, Merci und Spasibo einen Keks zu freuen – dann haben wir eine Fahndelelegation gebildet, in Mahnung und Gedenken an den so schwer erkämpften Sieg gegen den deutschen Faschismus!

So haben wir das gemacht und hatten Spaß und Sinn dabei. Und obwohl wir jedes Jahr zum Achten was Neues machen, sagten wir uns mit Lust: Das machen wir jetzt jedes Jahr!

Dann am 10. Mai 2008, zwei Tage später, gabs eine Kundgebung unter der typisch übergroßen Transparentkonstruktion, die da lautete:

„8. Mai 1945: Thanks, Sbasibo, Merci! Internationalistische Mahnwache der FDJ Berlin“,

sah man besagte vier Fahnen wieder, jedoch diesmal im Klang der vier Nationalhymnen der Hauptakteure der Antihitlerkoalition. Folgendes wurde dort – in Russisch, Französisch und Englisch via Lautsprecher, – die den Herrschaften im feinen Zwirn unterm Baldachin des Adlons ein Dorn im Ohr waren, – in Richtung der nicht selten erfreulich oft applaudierenden Gäste Berlins und den meistens gar nicht applaudierenden Berlinern

vorgetragen (siehe Kasten):

So was oder Ähnliches sollte doch eigentlich auf Plakaten aufgestellt werden, auf den ersten größten Zeitungstitelseiten in den Presseshops liegen,

durch Radio und Fernsehen gehen, von deutschen Staatsoberhäuptern in Erklärungen wieder und wieder gesagt sein zu jedem 8. Mai.

Aber außer in den 40 Jahren DDR, über die keiner gut reden darf, wird dies hier nicht so gemacht. Verständlich, Dank an die Befreier passt auch mehr in die Nachkriegszeit, und diese ist bekanntlich mit dem Ende der 40 Jahre DDR und ihrer Annexion seit bald 20 Jahren beendet. Dank an die Befreier passt eher in Gegenden, wo man der Wiederholung deutscher Geschichte begegnet, und nicht hierher, wo man sie betreibt. Und selbst wenn, solch eine Erklärung wäre heute aus offiziellem Staats-Mund nur eine Heuchelei. Eine Heuchelei un-

ter den Fahnen der deutschen Armee in „Königsberg“ bis Afgahnistan und dem Geknister der ins Feuer geworfenen Grundrechte, die dem Krieg nach Innen, den der Krieg nach Außen braucht, im Wege stehn.

So sollte man sich sputen mit Gegenmaßnahmen, spätestens jeden 8. Mai wäre ein guter Tag, den Kampf aufzunehmen gegen die deutschen Verhältnisse.

So sei allen, denen was am Frieden liegt, deswegen empfohlen, auch kommende 8. Mais mit Kampf, Mahnung und Gedenken zu füllen und auch nicht wenig zu feiern. Wenn möglich mit Freunden aus den vielen Ländern der Antihitlerkoalition. So wie wir dies, so gut wir eben konnten, in diesem Jahr zelebriert haben.

Der nächste 8. Mai fällt wie immer auf den zweiten Mahn- und Kampftag im Mai, wir treffen uns dann vor Ort!

Ringo

8. Mai 1945 – Spasibo – Thanks – Merci!

Am 8. Mai endete hier der zweite Weltkrieg – der Krieg, den die Nazis am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen begannen. Der Krieg, der die letzte barbarische Konsequenz eines barbarischen Systems war, getragen von so vielen Deutschen.

Deutsche, die Christen, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten denunzierten, sie im Lager bewachten, sie folterten. Die Granaten mitdrehten, die Panzer der Wehrmacht zusammenschraubten und den Franco-Faschisten jubelten. Die das Rheinland besetzten und die Tschechoslowakei zerschlugen, Österreich annektierten. Die wegschauten bei der Entrechtung der jüdischen Bevölkerung, mitgemacht haben beim Boykott ihrer Geschäfte. Die profitierten von der Zwangsversteigerung jüdischen Eigentums, Synagogen anzündeten und Bücher verbrannten. Die kranke, schwache und behinderte Menschen zu „unwertem“ Leben erklärten und sie ermordeten. Die zur Tat schritten bei der Selektion und dem Mord an 6 Millionen Juden in ganz Europa. Die Millionen Menschen der überfallenen Länder unter Nazijoch zwangen. Die Städte und Dörfer plünderten, brandschatzten. Die nicht nur in Wehrmachtsuniformen Frauen und Kinder quälten, sie ermordeten.

Sie alle verloren am 8. Mai 1945, als Deutschland bedingungslos vor den Alliierten kapitulierte. Die jedoch, die ihr Leben einsetzten, die ihr Leben gaben, für die Freiheit und das Leben, siegten. Und so ist und bleibt dieser Tag, wie er es im Rest der Welt auch ist, ein Tag der Trauer um die unzähligen Opfer des deutschen Faschismus. Ein Tag, um zu feiern und den Alliierten, insbesondere der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankreich, „dankeschön“ zu sagen – spasibo, thanks, merci!

Ihr Soldaten der Antihitlerkoalition, ihr Kämpfer der Partisaneneinheiten, und Ghettos, ihr Unzähligen, die ihr mit eurer Arbeit, mit euren Taten diesen Kampf gegen Nazideutschland unterstützt habt, hättet ihr nicht mit aller Kraft den deutschen Faschismus bekämpft, wären die braunen Horden immer weiter mordend, alles zerstörend um die Welt gezogen.

Wir werden eure Opfer für diesen Sieg nie vergessen. Und wir werden nie vergessen, dass wir es selbst nicht geschafft haben, die faschistische Barbarei zu verhindern. Wir und andere in diesem Land werden uns jedem Versuch, die Zeit zurück zu drehen entgegen stellen. Kampf dem Faschismus, das ist die Pflicht, die ihr uns aufgetragen habt, ihr, die ihr die Welt von Nazideutschland befreit habt. Unser wachsames Gedenken den Millionen Opfern der deutschen Nazibarbarei, immer mit Dank im Herzen an die Befreier.

Zur Sicherheitskonferenz in München im Februar 2007:

Demonstranten wie Stiere zum Kastrieren geführt!

Gemeinhin wurden die großen Rinderherden zum Brandmarken oder die Bullen zum Kastrieren in enge Gitter getrieben, so dass man ihnen besser Herr wurde. Insbesondere die Kastration führte dazu, dass die Tiere ruhiger wurden und das Fleisch zarter.

Am Samstag, den 9. Februar geschah ähnliches in den Münchner Edelmeilen zwischen Marien- und Odeonsplatz. Zwischen lückenlosen Absperrgittern wurden 5000 Menschen guten Willens von einem Kessel zum anderen getrieben, und was das ungeheuerlichste dabei war, sie feierten dies als einen der größten Siege für die Demonstrationsfreiheit.

Und auch die Medien lobten dies als einen „gute(n) Tag für die Demokratie“ (SZ).

Tatsache ist, am Samstag, den 9. Februar 2008 wurde die Demonstrationsfreiheit in München abgeschafft. Wie in einem Käfig eingesperrt, aus dem es nahezu kein rein noch raus gab, zusätzlich gesichert von martialisch gerüsteter Polizei vor und hinter den Absperrungen, durfte man seine Meinung äußern und demonstrieren. Es glich aber eher dem gewaltigen Hofrundgang einer Haftanstalt.

Wer sich an dieser Demonstration beteiligte, wurde von der Staatsmacht als Aussatz behandelt, so wie es einigen Leuten geschah, die durch die Absperrungen zum Kundgebungsplatz wollten und von der Polizei mit Beleidigungen gepackt und auf den Platz gestoßen wurden.

Würde man sich in anderen europäischen Ländern so etwas gefallen lassen?

Wir dürfen uns die Demonstrationsfreiheit weder kastrieren, noch selbst ruhiger werden oder uns zart klopfen lassen.

Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen!

WoS

„Propaganda für unser Volk und seinen Stolz“ Gastbeitrag von Robert Andreasch

Beim Bundesparteitag der NPD im Mai in Bamberg zeigte sich der Parteichef Udo Voigt besonders stolz: Auch zur Fußball-Europameisterschaft im Sommer 2008 präsentiert seine Partei eigenes Werbematerial. Schon zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 hatte die NPD einen eigenen „WM-Planer“ verteilen lassen. Der Planer dürfte bei vielen Fans jedoch nie angekommen sein: Staatsanwaltschaft und Polizei beschlagnahmten das Heftchen mit dem Titel „Weiß – nicht nur eine Trikotfarbe“.

Diesmal war das anders: „Das waren noch Zeiten“, hieß es auf dem Cover, abgebildet war die deutsche Fußballmannschaft von 1954, und da gab’s wohl nichts zu beschlagnahmen. Udo Voigt bekräftigte in Bamberg, die NPD werde es sich in den Wochen der bevorstehenden Fußball-EM auch nicht nehmen lassen, „weiterhin Propaganda für unser Volk und seinen Stolz zu machen“. Für die Münchner Naziszene war die EM natürlich ein Thema: Zum einen wegen dem Nationalismus, klar, zum anderen wegen dem Fußball, sind doch einige Protagonisten der Szene auch in den Fanblocks des TSV 1860 rege aktiv, z. B. Sven Grams, Anmelder des Neonaziaufmarsches gegen das antifaschistische a.i.d.a-Archiv in München am 13. Juni 2008. Dazu kam, dass die Neonazis die Möglichkeit zum eigenen „Public Viewing“ hatten. In direkter Nähe zum Münchner Hauptbahnhof tummeln sie sich fast täglich in der Kneipe „Fan-Arena FCB“.

Etwa 70 Neonazis, darunter zahlreiche bekannte Aktivisten aus NPD und der „Kameradschaft München Süd-Ost“ trafen sich hier zur Übertragung des EM-Halbfinalspiels Türkei-Deutschland. Nach dem Spiel zogen sie in sehr aggressiver Stimmung los. Eine schwarz-weiß-rote „Reichsfähne“ mit Eisernem Kreuz wurde zum Transparent, und der Mob gröhlte u. a. die Parolen „Wir sind deutsch!“, „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!“ und

„1,2,3, ausländerfrei!“. Das Personal der DB-Sicherheit hielt die Neonazis davon ab, den Hauptbahnhof zu betreten, der Mob, dem auch der NPD-Aktivist Norman Bordin angehörte, nutzte daher die S-Bahn in Richtung Marienplatz, rief rassistische Parolen und zog später noch über die Leopoldstrasse. Der Pressebericht des Polizeipräsidiums München enthält dazu lediglich die Äußerung: „Es sind auch einige Personen des rechten Spektrums aufgefallen, die türkische Fans anpöbelten und beleidigten.“ Zum Endspiel trafen sich die Nazis wieder in der Fanarena: Nach der deutschen Niederlage gingen nicht alle heim: Teile der „Freien Nationalisten München“ und einige neonazistische Skinheads mit schwarz-weiß-roter Fahne zogen noch zum Marienplatz. Aus ihrer Gruppe kam es dort zu einem Angriff auf spanische Fans.

Wie hatte die NPD nach der Fußball-WM vor zwei Jahren geschrieben? „Zeigen wir auch nach der WM, dass wir ein Herz für Deutschland haben – damit dem ‘Deutschland, Deutschland überall’ ein ‘Deutschland, Deutschland über alles’ folgt“.

Mittlerweile haben AntifaschistInnen eine Kampagne gegen die „Fanarena“ gestartet und einige Fanclubs des FC Bayern räumten die in der „Fanarena“ präsentierten Vereinsdevotionalien aus Protest gegen das Nazi-Publikum wieder raus.

Robert Andreasch arbeitet als Journalist zu NS-Tätern und zur extremen Rechten in Süddeutschland. Zahlreiche Beiträge und Recherchen für Fernsehmagazine, Radiosendungen, Printmedien und Online-Portale im In- und Ausland. Zuletzt erschienen: „Entstehung und Aktivitäten der Bürgerbewegung Pro München“ in: Häusler, A.: Rechtspopulismus als Bürgerbewegung; VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008 und „Mit dem Führer gegen Zeitarbeit“ in jungle world Nr. 36/2008.

Wir dokumentieren:

Warum Deutschland auch im Fußball so schlecht ist

Jetzt sind erstmal alle, fast alle zufrieden. Die Siege über Portugal und die Türkei scheinen den deutschen Fußball rehabilitiert zu haben. Aber man muss nicht das EM-Finale abwarten und braucht nichts von Fußball zu verstehen, um dem führenden Fußball-Journalisten Spaniens, Santiago Seguro, recht zu geben: "Man mag es für licherlich halten, aus 2000 Kilometer Distanz über die Regression des deutschen Fußballs zu theoretisieren. Doch die Distanz macht es nicht unmöglich, einige allgemeine Züge einer Landschaft zu beobachten. Deutschlands letzter Weltmeistertitel fiel mit dem Mauerfall zusammen – und mit dem Ende eines Modells, das von beiden Deutschlands generell ein be-

merkwürdiges Overacting abverlangte. In der Nachkriegswelt fühlten sich beide Länder, BRD und DDR, in der Pflicht, ein Mandat zu erfüllen: um die moralische und wirtschaftliche Vorherrschaft zu kämpfen. Und in all diesen Dingen spielt der Sport eine relevante Rolle als (nicht unbedingt realer) Spiegel der Eroberungen eines Staates. All das war mit dem Mauerfall vorbei. Eine desaströse Prognose jener Epoche war, Deutschland als neue Weltmacht des Sports anzusehen. Die Realität war fast entgegengesetzt. Im besten Fall handelte es sich um ein seltsames Additionsergebnis: $1 + 1 = 1$. (...)" (Aus Süddeutsche Zeitung, 19. Juni 2008, Seite 2.) Ich wollt, es gäbe mehr so kluge Leute

bei uns! Und ich wollt, dass mehr Arbeiter bei uns das kapierten. Natürlich nicht erst beim Fußball. Sondern bei ihrer eigenen Lage! Die in der ehemaligen DDR haben es zum großen Teil kapiert, sind aber vielerorts resigniert. Die im Westen müssten endlich verstehen, was sie durch die "Wiedervereinigung" verloren haben. Angefangen beim Lohn, bei dessen Aushandlung immer ein dritter Partner am Tisch saß: die DDR, das andere Deutschland, das für die Arbeiter hier nicht an Attraktivität gewinnen sollte. Bis hin zum Verlust von einem demokratischen Recht nach dem anderen und bis zum immer wilder um sich schlagenden Staatsumbau, der längst zum Notstand der Republik geführt hat. Weder beim Fußball noch beim "ganzen Deutschland" werden die zunehmenden schwarz-rot-goldenen Fahnen etwas helfen, außer, dass man unter ihnen irgendwann vereint in den großen Krieg marschieren wird. Es bleibt dabei: Zwei Deutschlands waren und sind besser als eines! 1 sei wieder 1 + 1. TSB



Jugendkongress | Notstand der Republik

12. – 13. Mai 2007 – Kino Kolonne
Göttingen – Karl Marx Platz

Was ist der Staat
Was ist das Besondere an der bürgerlichen Demokratie in der BRD
Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Polizeien und Geheimdienste
Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Innern
Die fließenden Grenzen der inneren und äußeren Sicherheit
Hartz-Gesetze und die Jugend in der Bundeswehr

Broschüre: Jugendkongress - Notstand der Republik am 12. und 13. Mai 2007 in Berlin

Aus dem Inhalt:

- Was ist der Staat
- Was ist das Besondere an der bürgerlichen Demokratie in der BRD
- Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Polizeien und Geheimdienste
- Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Innern
- Die fließenden Grenzen der inneren und äußeren Sicherheit
- Hartz-Gesetze und die Jugend in der Bundeswehr
- Erklärung der Teilnehmer des Jugendkongress

Dokumentation: Aktivistentreffen – Notstand der Republik Am 2. und 3. Februar 2008 in Nürnberg

Aus dem Inhalt:

- Zu den Ursachen des Notstand der Republik
- Die Notwendigkeit der Gewerkschaft im Kampf gegen den Notstand
- Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
- Über den Heimatschutz
- Erklärung der Teilnehmer des Aktivistentreffen

Herausgeber der Broschüre und der Dokumentation:
Jugendaktionsausschuss gegen den Notstand der Republik
Beide sind jeweils gegen einen Unkostenbeitrag von 2,00€
unter info@jugendkongress-NdR.de oder
über die FDJ: kontakt@fdj.de zu erhalten.



Aktivistentreffen | Notstand der Republik
Dokumentation

02. – 03. Februar 2008 – Nürnberg



Zu den Ursachen des Notstands

Die Notwendigkeit der Gewerkschaft im Kampf gegen den Notstand

Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren
und was 40 Jahre danach daraus wurde

Aktiv gegen den „Heimatschutz“

Die Demonstrationen am 3. November 2007

Die Plakate für / gegen Berlins ehemaligen Nazi-Airport Tempelhof sind längst abgenommen. Den meisten erschloss sich in jenen Tagen der Sinn dieser Volksbefragung um den Flughafenbetrieb nicht. Dass dieser eingestellt werden würde, wie täglich vom Berliner Senat bestätigt, stand fest. Und dass es gar um Abriss dieses Prestigeobjektes Nazideutschlands und Westberlins ging, wie an vorderster Front CDU und Wirtschaftsvertreter verheult Stimmung machten, war eine Lüge. Nein, dass Tempelhof, Symbol deutscher Weltmachtansprüche, gesprengt würde, wie es solchen Bauwerke der Nazis in der SBZ erging, stand nie zu Debatte. Wo kämen wir da auch hin? Am Ende noch zur Willensbekundung, mit dem deutschen Faschismus zu brechen. Unmöglich!

Die „Rettung Tempelhofs“ hatte diese von den konservativen Kreisen lautstark geforderte Volksbefragung offensichtlich nicht zum Ziel. Vielmehr ging es um die Spaltung der Leute entlang der Legende von der „sowjetischen Blockade Berlins“. Natürlich unterm Dauerfeuer antikommunistischer Geschichtsverdrehung. Affentheater, doch treffliches Barometer für die Zähigkeit der bundesdeutschen Lebenslüge von der „Aushungerung Westberlins“ durch die „bösen Russen“ und der Errettung durch die „Rosinenbomber“ der „amerikanischen Freunde“.

Die Verteilung der Ja-Stimmen prägte dann, wie zu erwarten, das Bild des geteilten Berlins. Als im westlichen Zehlendorf viele Tränen über Luftbrücken-Backen flossen, der Westberliner seine Pflicht tat, meinte selbst das östliche Marzahner Kiezkäseblatt: Was geht uns Tempelhof an?! Trotz der 18jährigen Umerziehung, der Osten glänzt durch Desinteresse und Ablehnung für dieses wie für die anderen Zipperleins der Westberliner. Woran auch die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der amerikanischen Lagerräumung namens „Luftbrücke“ nichts ändern. 60 Jahre westdeutsche Geschichte gegen die friedliche Entwicklung Deutschlands sind trotzdem Grund genug, sich die Sache mit der „Blockade Berlins“ mal wieder genauer anzusehen, sei es drum!

Gedächtnisblockade

Eine bundesdeutsche Lebenslüge wird 60



Ab dem 25. März 1948 erließ der Oberkommandierende der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, W.D. Sokolowski, folgende Befehle: Befehl Nr. 002 zur „Verstärkung des Schutzes und der Kontrolle an der Demarkationslinie der sowjetischen Besatzungszone“. Folgend am 27. März Befehl Nr. 003 zur „Verstärkung des Schutzes und der Kontrolle an den Außenbezirken von Großberlin“ und am 8. Juni Befehl Nr. 0201 „Über die Präzisierung der Ordnung für den Warenverkehr über die Grenzen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und über die Verbesserung der Arbeit der Kontrollstellen“. Diese Befehle sorgten für Passierscheinzwang für grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr, neue Verfahren für die Überprüfung von Frachtbegleitpapieren, Bewegungseinschränkungen für das Personal der Westberliner Garnisonen, Ausfuhrbeschränkungen für bestimmte Waren aus der SBZ. Später erfolgten weitere zeitweilige Maßnahmen, die in Folgendem gipfelten:

Einstellung des Reiseverkehrs zwischen SBZ und westlichen Zonen ab dem 19. Juni 1948. Sperrung aller Arten des Güter- und Kraftfahrzeugsverkehrs in die SBZ aus den Westzonen; Genehmigungspflicht für alle Transporte auf dem Wasserweg, sorgfältige Untersuchung von Fracht und Personal; Fußgängerverkehr über die Demarkationslinie nur mit Genehmigung der SMAD oder

der entsprechenden deutschen Organe; Güterzugverkehr nur mit sorgfältiger Durchsuchung der Güter und den Sachen des Personals und des Zugbegleitkommandos(1)

Den Befehl „Westberlin aushungern“ sucht man jedoch vergeblich. Selbstverständlich bot die Sowjetunion der Bevölkerung Westberlins die Versorgung mit Lebensmitteln an: „Die SMAD teilte am 20. Juli über Flugblätter und Zeitungen mit: ‘Die Sowjetunion übernimmt die Versorgung der Bevölkerung ganz Berlins’ – einzige Voraussetzung war die Anmeldung in einem Geschäft des Ostsektors. Die Möglichkeit wurde nur bedingt genutzt. Unterschiedliche Quellen geben Zahlen zwischen 21.000 und 100.000 Beziehern an ...“(2)

Betrachtet man diese Maßnahmen der SU bezüglich des Personen- und Güterverkehrs Berlins ungeachtet der Regel »Wirkung und Ursache«, fällt es leicht, von einer „Blockade“ zu schwätzen. Jede Wortäußerung in Funk und Fernsehen, jeder Artikel von Spiegel bis BZ ist deshalb so ausgerichtet, um eine Frage unbedingt zu vermeiden: Wie kam es zu dieser außerordentlich komplizierten und gespannten Situation, die unter der Bezeichnung „Berlinkrise“ bekannt wurde?



Am 18. Juni 1948, einen Tag vor dem Beginn der Kontrollen und der Einschränkung des Güter- und Personenverkehrs durch die SMAD, gaben alle

westdeutschen Sender den Umtausch der Reichsmark gegen eine neue Währung bekannt. Das Potsdamer Abkommen wurde dadurch, wenn auch bei Weitem nicht erst dadurch, aber deutlicher denn je, vom Westen zur Makulatur erklärt. Jedoch war diese separate Währungsreform eine Zuspitzung einer sich immer mehr beschleunigenden Entwicklung.

1946, schon ein Jahr nach dem weltumspannenden Weltkrieg des deutschen Imperialismus, standen die ehemaligen Verbündeten der Antihitlerkoalition in allen Grundfragen wieder auf direkt entgegengesetzter Position. Während es der Sowjetunion und ihren Verbündeten vor Allem um die Schaffung eines Zustandes ging, der einen erneuten Griff Deutschlands zur Kriegsflagge unmöglich macht – kurz: um den Frieden –, ging es den imperialistischen Westmächten um einen Zustand mit so wenig wie möglich Arbeiterklasse an der Macht. Ziemlich schnell begriffen sie, „wie illusionär ihre Hoffnungen waren, Kontrolle über das ganze Land zu errichten, und als sie die raschen demokratischen Umgestaltungen in der sowjetischen Zone wahrnahmen, gingen sie dazu über, offen die Spaltung Deutschlands und die Abgrenzung vom Sozialismus an der Berührungslinie ihrer Truppen mit der Sowjetunion zu betreiben.“(3) Tatsächlich handelten die Westmächte nun, wenn auch immer nur punktuell, in Partnerschaft mit dem am Boden liegenden deutschen Imperialismus und seinem faschistischen Personal. Wahrlich eine »Jahrhundert-Torheit«. Nicht die letzte, wie der 3. Oktober 1990 der Welt zeigen sollte. Dass jenes blutige Messer des bis dahin größten Feindes der Menschheit, des deutschen Faschismus, noch vor kurzem auch an der Kehle der USA, Großbritannien und Frankreichs zuckte, war in antikomunistischer Verblendung vergessen. Nicht die Umsetzung, sondern die Sabotage der Potsdamer Beschlüsse, die die Hauptstaaten der Antihitlerkoalition zuvor gemeinsam als Lehre aus dem 2. Weltkrieg gefällt hatten, wurde bestimmende Richtung in den westlichen Besatzungszonen.

Im Gegensatz zur SBZ, in der alle militärischen / halb-militärischen Organisationen aufgelöst und verboten



Die
Bundesregierung

Deutschland – USA | Germany – USA



Sechzig Jahre Partnerschaft im Bild | Sixty Years of Partnership in Photos

wurden, standen 1946 in der britischen 84.358(4) und in der amerikanischen Zone 9.000(5) Wehrmachtssoldaten / -offiziere weiterhin in Formation. Formationen, die direkt gegen die Sowjetunion und die wachsende demokratische Bewegung gesammelt wurden. Eine Sammlung „zur militärischen und politischen Kaderreserve des deutschen Militarismus“ (6). Der Kern einer künftigen Bundeswehr.

Im Gegensatz zur SBZ, in der die Vernichtung militärischer Anlagen, Objekte und Materialien mit 99,1%(7) durchgeführt worden war, war in den Westzonen mit der Liquidierung des deutschen Rstungspotentials nicht einmal begonnen worden(8).

Im Gegensatz zur SBZ, in der die NS-DAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Organisationen sowie alle weiteren Institutionen des Hitlerregimes aufgelöst und Gesetze zur umfassenden Entfernung der Nazis aus verantwortlichen Positionen erlassen und allein 1945/46 390.478 Nazis ihrer Funktionen enthoben wurden, ersetzten die Westmächte die Entnazifizierung durch

eine formale Registrierung / Befragung fast der gesamten Bevölkerung. Jeder Kriegsverbrecher, der falsche Angaben machte, erhielt fast automatisch einen Rehabilitierungsbescheid. So erfolgten bereits 1946 in den Westzonen Massentlassungen ehemaliger Mitglieder der SS, der SA, des SD und der Gestapo. 1950 musste sogar der hohe Kommissar der USA in Deutschland in seinem vierten Quartalsbericht zugeben: „Millionen ehemaliger Nazis sind erneut im Dienst, wobei die Mehrheit von ihnen die früheren Posten einnimmt.“(9)

Gleiches Verhältnis zwischen Erfüllung der Potsdamer Verträge auf der einen und ihrer Sabotage auf der anderen Seite Deutschlands spiegelte sich 1:1 auch in der vertraglich beschlossenen Demokratisierung Deutschlands und Entkartellisierung seines Monopolkapitals wieder. Trotz dieser gravierenden Widersprüche versuchte die Sowjetunion mit Engelsgeduld, auf die Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse im Westen hinzuwirken. Unzählige Aufforderungen zur Umsetzung, Forderungen nach Untersuchung und Dokumentation

der Maßnahmen im Westen sowie Angebote der Zusammenarbeit zeigten keine Wirkung. Die Möglichkeiten eines einheitlichen, friedlichen demokratischen Deutschlands schwanden.⁽¹⁰⁾ Die Weigerung der Westmächte, der im Potsdamer Abkommen festgelegten Bildung einer gesamtdeutschen Zentralregierung nachzukommen, war dann nur noch ein weiterer Meilenstein auf dem Weg der Zerstörung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands.

In allen gegen die Umsetzung des Potsdamer Abkommens durchgeführten Manövern kreuzten sich die widersprüchlichen Interessen der Westalliierten und der am Boden liegenden deutschen Imperialisten. „Die sich wieder erhebende deutsche Bourgeoisie – verkörpert durch Konrad Adenauer – forderte offen die Bildung von ‘Vereinigten Staaten von Europa’ sowie einen Kreuzzug gegen den Kommunismus, natürlich unter ihrer Beteiligung.“⁽¹¹⁾ Der deutsche Imperialismus, zu dieser Zeit immer noch außerstande, offen eigene Interessen zu verfolgen, nutzte den beginnenden „Kalten Krieg“ und bewarb sich um die offene Stelle des Brückenkopfes des imperialistischen Lagers gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten. Die Westmächte nahmen an und wähten sich in der Sicherheit, zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen zu haben: „keep the russians out, the germans down and the americans in“.

Im stetigen Anwachsen des Verrats der USA, Frankreichs und Großbritanniens an der Antihitlerkoalition, der sich in Berlin am Offensten manifestierte, spiegelten sich die stetig anwachsenden Gegenmaßnahmen der Sowjetunion wider. Gegenmaßnahmen zum Schutze der erreichten Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse, zum Schutze der Basis für die Entwicklung eines friedlichen demokratischen Deutschland: die sowjetisch besetzte Zone.

Die Verschmelzung der drei westlichen Besatzungszonen zu einer gegen die SBZ gerichteten, und die nun immer offener verkündeten, in vielen geheimen Schritten vorbereitete Zusammenschiebung eines westdeutschen Separatstaates, ließen immer weniger Spielraum für Verhandlungen und Kompromisse.



Damit kommen wir zurück auf jenen 18. Juni 1948, an dem das westdeutsche Radio die Durchführung der separaten Währungsreform verkündete, gegen die die Sowjetunion mit Verweis auf den Bruch des Potsdamer Abkommens bis zur letzten Sekunde gewirkt hatte. Die SBZ war auf diese endgültige, umfassende Vollendung der wirtschaftlichen Spaltung Deutschlands nicht vorbereitet. Man verfügte nicht mal über neue Geldzeichen. Auch deshalb musste unverzüglich reagiert werden. Jede andere Entscheidung hätte die Überflutung der SBZ mit entwerteten Banknoten, den Ausverkauf und eine immens schwerwiegende Desorganisation des Lebens in der sowjetischen Besatzungszone riskiert. Diese separate Währungsreform war, wie W.D. Sokolowski ausführte: „... der größte Schritt der westlichen Besatzungsmächte auf dem Weg zur Vollendung der Spaltung Deutschlands. Anstelle einer einheitlichen deutschen Währung begannen in Deutschland zwei Währungen umzulaufen. Anstelle einheitlicher Preise traten zweierlei Preise auf. Die Voraussetzungen für den freien Verkehr der Bevölkerung und von Waren zwischen den Zonen Deutschlands waren zerstört. Der Interzonenhandel wurde zu einem Handel zwischen verschiedenen Staaten. Er starb faktisch ab. Der wirtschaftlichen Wiedervereinigung Deutschlands war ein nicht wieder gut zu machender Schaden zugefügt worden.“⁽¹²⁾

Ringo

Quellen

- 1,3 „Die Politik der Sowjetunion in den deutschen Angelegenheiten in der Nachkriegszeit (1945–1976)“, V. N. Belezki, Berlin 1977, Seite 83–85
 - 2 „Neues Deutschland“ vom 12.07.2008, „Hinter dem Rauchvorhang der Luftbrücke: Konrad Adenauers Triumph – von der Trizone zum Separatstaat“, Norbert Podewin
 - 4 „Die Politik der Sowjetunion in den deutschen Angelegenheiten ...“ a. a. O. Seite 26
- Nach amtlichen, offenbar erheblich untertriebenen Angaben des britischen Befehlshabers vom 1. Juli 1946. Allein das im November 1945 von der Sowjetunion dem Kontrollrat vorgelegten Memorandum weist darauf hin, dass allein in der britischen Zone die Heeresgruppe Müller mit 200.000 Mann weiter bestand.
- 5 „Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Band 1: Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 bis zur Erklärung über die Herstellung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954.“, Arnold Gerhard (Hg.), Berlin 1957, Seite 43
 - 6 „Probleme der Geschichte des zweiten Weltkrieges. Referate und Diskussion zum Thema: Die wichtigsten Richtungen der reaktionären Geschichtsschreibung über den zweiten Weltkrieg“
- Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR, Berlin 1958, Seite 229
- 7 Vgl. Außenpolitisches Archiv der UdSSR, DOKS/II/47/49–50
 - 8 „Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion ...“ a. a. O. Seite 41
 - 9 zitiert nach „Die Wahrheit über die Politik der Westmächte in der deutschen Frage (Historischer Abriss)“, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der DDR, Berlin 1958, Seite 60
 - 10 Selbst als die Sowjetunion noch 1952 der BRD in Form der Stalin-Note anbot, die junge DDR für ein vereintes, friedliches, neutrales Deutschland aufzugeben, wurde dies von dort sofort zurück gewiesen.
 - 11 „Die Politik der Sowjetunion in den deutschen Angelegenheiten ...“ a. a. O. Seite 46
 - 12 „Die Sowjetunion und die Berliner Frage (Dokumente)“, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hg.), Moskau 1948, Seite 78





Lieber Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte, Ziegenhals,
Im Namen des Abraham-Lincoln-Brigade-Archivs schreibe ich, um
Eure Bemühungen zu unterstützen, die Ernst-Thälmann-
Gedenkstätte als wichtiges historisches Symbol des langen
Kampfes gegen Nazi-Faschismus zu erhalten, sowie gegen dessen
Bestrebungen, Demokratie und Freiheit in der ganzen Welt zu
zerstören.
Der Name von Ernst Thälmann, von den deutschen Freiwilligen in
den internationalen Brigaden während des spanischen
Bürgerkriegs getragen, bewies den Mut nicht von einem Einzelnen,
der die nazistische Drohung trotzte, sondern von einer wichtigen
internationalen Bewegung für Demokratie und soziale
Gerechtigkeit. Jener Kampf um FREIHEIT soll überall auf der Erde
geehrt werden und erst Recht in der Heimat eines großen Mannes.
Das Gedenken an dieser historischen Stätte bildet eine wichtige
Quelle der Kraft und darf nicht ausgelöscht werden.
Mit den besten Wünschen
Peter N. Carroll (Vorsitzender)

Die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals ist in akuter Gefahr!

Im November 2002 ersteigerte der westdeutsche Ministerialbeamte Gerd Gröger, das Grundstückes mitsamt Gedenkstätte für den Spottpreis von 86.000 EUR von der Treuhand. Obwohl andere Mitbewerber viel mehr geboten hatten, getreu dem Ziel der Treuhand, im Namen der Bundesregierung: Privatisierung und Vernichtung im Sinne deutscher Konzerne und Banken!

Im April 2003 schloss Gröger durch Auswechseln der Schlösser die Öffentlichkeit von der weiteren Nutzung der Gedenkstätte aus und wollte das Betreten des Grundstücks bei Strafanndrohung verbieten. Dieses skandalöse Vorgehen widersprach den Auktionshinweisen und denen im Kaufvertrag. Beide Dokumente besagten, dass es sich um eine denkmalgeschützte Gedenkstätte (mitsamt Umgebungsschutz) handelt und die weitere Nutzung gewährleistet werden soll. Gröger erhielt trotzdem defakto die Genehmigung zum Abriss. Ein Klage des Freundeskreis der "Ernst-Thälmann-Gedenkstätte" e.V. brachte folgende Antwort der bundesdeutschen Justiz ein: *„in dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren (...) wird darauf hingewiesen, dass erhebliche Zweifel an der Klagebefugnis des Klägers bestehen. Die Vorschriften des Denkmalschutzgesetzes dienen ausschließlich dem öffentlichen Erhaltungsinteresse. Privatpersonen werden nicht dadurch zu Begünstigten dieser Vorschriften, dass sie ein eigenes Interesse an der Erhaltung bestimmter Sachen haben.“*

Obwohl der stetig wachsende Protest in In- und Ausland den westdeutschen Liquidator Gerd Gröger bis jetzt davon abhielten die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte abzureisen und er sich gezwungen sieht, das „Problemgrundstück“ samt Gedenkstätte wieder schnell zu verkaufen, ist die Gedenkstätte in Ziegenhals bei Berlin wieder in akuter Gefahr. Gröger treibt den Verkaufspreis, derzeit 300.000 Euro(!) – mehr als das Dreifache des Kaufpreises, immer weiter in die Höhe und will sogar noch das Inventar der Gedenkstätte, dass ihm nicht gehört, an Dritte verhöckern.

Der bundesdeutscher Beamtensumpf, die bundesdeutsche Justiz, jene Politikerbande in Amt und Samtsessels – antikommunistische Büttel der deutschen Monopole und Banken rücken ihrem Ziel, der Zerstörung dieser einmaligen Gedenkstätte für den antifaschistischen Widerstand näher. Sie dürfen niemals Erfolg haben, zu viele Mahn- und Gedenkstätten der DDR sind den Abrissbaggern der Annexionisten bereits zum Opfer gefallen.

**Erzählt allen von der Mahnstätte in Ziegenhals! Berichtet in euren Publikationen darüber!
Nehmt Kontakt auf zum Freundeskreis der "Ernst-Thälmann-Gedenkstätte" e.V.!
Protestiert und lasst die Räuber nicht aus den Augen!**

Kontakt: Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte e.V. Fürstenwalder Weg 11, 15711 Königs Wusterhausen Tel: (03375) 527020

Nichts und Niemand wird vergessen! Hände Weg von Thälmann! Enteignet Gerd!

(Auszug aus „Der Militärtempel der Hohenzollern“, Karls Gass)

Was immer über die „Königliche Hof- und Garnisonkirche zu Potsdam“ – auch in den Jahren nach der so genannten Wende – geschrieben, gesendet und veröffentlicht wird, es jubelt und jauchzt, es schillert und glänzt, es tönt und schwärmt. Von überall her sind die bewundernden Lobreden zu hören und zu lesen: über Phillip Gerlach, den königlichen Architekten mit militärischem Rang, über den Holländer Arnoldus Carsseboom, der jenes berühmte, zehn Tonnen schwere Carillon mit den vierzig geschaffen hat. An liebevollen Beschreibungen des Bauwerks mangelt es nicht, und insbesondere die prächtige, unter der Kanzel angelegte Gruft für die beiden „Großen Könige“ findet Erwähnung, ergänzt durch höchst genaue Beschreibungen all der marmornen und goldenen Stücke für Grabgewölbe, Altar, Taufbecken und Wetterfahne. Natürlich wird auch die prächtige Orgel aus der Berliner Werkstatt des Joachim Wagner, die einst stolze 3,5 Tausend Taler gekostet hatte, nicht vergessen.

Nur ganz am Rande wird gelegentlich vermerkt, dass dieses Gotteshaus auch nicht wenig mit Soldaten und Krieg, mit der anderen Seite des „Geistes von Potsdam“ zu tun hatte. Und selten sind Auskünfte über die Kirche als das, was sie doch zuallererst war: militärische Ruhmeshalle der Hohenzollern, Tempel der „inneren“ Vorbereitung auf ausstehende Schlachten, Tor in die Kämpfe zum „ruhmvollen“ Sterben für das preußische Ruhmeshaus und seine Herrscher, Kultplatz eiserner Disziplin und bedingungslosen Gehorsams, Sammelstätte zahlloser Trophäen, erobert und heimgebracht nach vielen – oft verlorenen – Schlachten, Walhalla für prunkvolle Feiern zahlloser preußischer Kriegs-, Sieges-, Thron- und Heldenjubiläen. ...

Christenkreuz und Hakenkreuz

Die preußisch-protestantische Kirche ließ es zu Beginn der 30er Jahre an propagandistischen Aktivitäten zur Demonstration ihrer Verbundenheit mit dem Nationalsozialismus nicht fehlen. Dabei tat sich die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ hervor, an deren Spitze ihr Reichsleiter Joachim Hossen-

Die Garnisonkirche kommt – ein Westpaket für Potsdam!

felder, Bischof von Berlin-Brandenburg, stand. Der hatte bereits zu den November-Wahlen 1932 seine evangelischen „Volks- und Glaubensgenossen“ aufgerufen, nationalsozialistisch zu wählen: „Die Hitlerbewegung ist das gewaltige Sammelbecken nationaler und christlicher Kraft, sie allein bürgt für den Wiederaufstieg des deutschen Volkes und der evangelischen Kirche.“

Am 21.3. 1933 schrieb der „Generalanzeiger“ über den „Tag von Potsdam“:

„Auf der einen Seite standen die Formationen der Reichswehr mit aufgefingtem Seitengewehr, auf der anderen Seite Abteilungen der SS und der SA. Ungefähr 20 Minuten nach 11 Uhr begannen von allen Potsdamer Kirchen die Glocken zu läuten ... Der Staatsakt in der Garnisonkirche: Das Kernstück der Potsdamer Veranstaltung. ... Während Adolf Hitler zu seinem Platz zurück schreitet, streckt ihm der Reichspräsident in tiefer Bewegung die Hand entgegen ...“

64 Jahre, den nächsten deutschen Weltkrieg, Auschwitz und 50 Millionen Menschenleben später lässt Herr Oberstleutnant der Bundeswehr Max Klaar von sich hören:

„... Beim Unterricht sei ihm die Idee gekommen, das Glockenspiel von Potsdam zu rekonstruieren. ... Noch weiter dürfen preußische Tugenden nicht veruludern.“

Obdachlose, Hartz 4-Empfänger, rückt beiseite und macht Platz auf den blühenden Landschaften, Potsdamer Bürger, seid wieder stolz auf eure Stadt – die Garnisonkirche kommt wieder.

Das Bimmelgestell und die regelmäßig nervende Leier ist gut zu verstehen. Denn wer in Kriege treibt, der muss auch die Kriegstreiber alter Tage auf Mamorsockel setzen, ihre Taten weißwaschen und ihnen Schlösser bauen.

Und so wird diese Wiese neben den Ruinen des Palastes der anderen Republik die zweite Schaustelle. Eine Wiese, auf der nun wieder den Potsdamern die

Glocken bimmeln, süßer Klang vom Sterben fürs Vaterland, Klänge vom verlorenen Raum fürs deutsche Volk, von den Ostgebieten, deren Namen auf den Glocken stehen. Die zweite Schaustelle Berlin, auf der Widersprüche eines verfaulten Systems ausgestellt und zu begutachten sind. Die Widersprüche eines verfaulten Systems der Millionäre und Millionen Arbeitslosen, eines Systems nicht enden wollender deutscher Tradition von Rassismus, Faschismus und Krieg. Eine Tradition, die unterbrochen wurde von 40 Jahren verordnetem Antifaschismus.

Einer Bevölkerung, die in grauer Wehrmachtsuniform für deutsche Banken und Konzerne Europa in Schutt und Asche trampelte, musste auf viele Arten Antifaschismus verordnet werden. Mit Salven aus sowjetischen Katjuschas und Bomben aus britischen und US-Amerikanischen Bombern.

Als sich in der DDR dann eine Mehrheit fand, die keinen Bock mehr auf das süße Sterben fürs großdeutsche Vaterland hatte, fand auch sie ihre Mittel der Verordnung von Antifaschismus, neue Lehrer und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und deren Schutz mit einer NVA. Und wer vorschlug, die Ostgebiete auf Glocken zu prägen, bekam Urlaub und karierte Bettwäsche in den Gebieten von Bautzen.

Auch der Garnisonkirche hatte der so genannte Unrechtsstaat DDR was zu verordnen, 30 Kilogramm Dynamit und einen symbolischen Sarg, den FDJler zu Grabe trugen, auf dem die Worte standen: „Hier ruht die letzte Hoffnung des deutschen Militarismus.“ Wir kommen heute nicht umhin, den Verantwortlichen für diesen vaterlandslosen Anschlag und diesen 40 Jahre verordneten Antifaschismus und dieses Einhalten und Verteidigen der antifaschistischen Verordnungen der Antihitlerkoalition und den gelebten Antifaschismus und Antimilitarismus ein Bier auszugeben und ein Liedchen zu pfeifen:

Walter Ulbricht do it again!



“...dass ich Euch befehle, Eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen.”

so sprach schon 1891 der Oberbefehlshaber der deutschen Soldaten Kaiser Wilhelm II.
Schon er brauchte ein ruhiges Hinterland, um später den Krieg führen zu können.

Alles Schnee von gestern? Seit 1993 verlangt der heutige Bundesinnenminister Schäuble den Einsatz der Bundeswehr-Soldaten im Inland. Gegen Wen? Warum?

Die Bundeswehr wurde beim G8-Gipfel in Heiligendamm gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt. Feldjäger der Bundeswehr üben auf der ehemaligen Nazi-Ordensburg in Sonthofen. Auf dem Programm stehen “spezielle Ausbildungsangebote wie der Umgang mit größeren Menschenmengen, die unter Umständen gewalttätig werden können (Crowd and Riot Control).”
(Quelle: Streitkräftebasis der Bundeswehr)

Auf den Bildern seht Ihr Übungen der Bundeswehr zum Einsatz gegen Demonstranten in Hammelburg.
(<http://de.youtube.com/watch?v=OXx7cQK4DdU>)

